SUARA

Watch INDONESIA!

3/2012 | Jahrgang 21

6,50 Euro

Zeitschrift für Indonesien und Osttimor

Jakarta
neuer Gouverneur, neue Hoffnung?

Aceh
neuer Gouverneur, Hoffnung ade?

Osttimor
kein neues Singapur

Politik	**Jokowi gewinnt die Gouverneurswahl in Jakarta** *von Alex Flor*	3
Menschenrechte	**Die Geister, die ich rief ...** *von Anett Keller*	5
Rüstung	**Indonesien besiegt Merkel mit deutschen Waffen** *von Alex Flor*	7
Religion	**Muslimische Fernsehprediger:** **Zwischen geschäftlichem und spirituellem Verlangen** *von Dr. Media Zainul Bahri*	11
	Indonesische Frauenmagazine und die *Dakwah*-Bewegung nach Suharto *von Arie Setyaningrum Pamungkas*	13
Tourismus	**Ausschussreise ins KaDeWe?** *von Alex Flor*	15
Aceh	**Möge die Macht mit uns sein!** **Aceh nach den Gouverneurswahlen 2012** *von Gunnar Stange*	17
Papua	**Besuchsreise von Markus Haluk, Yahamak** *von Alex Flor und Monika Schlicher*	22
Umwelt	**Pepsi Cola hat keinen »grünen Punkt«** ***von Alex Flor***	24
	Sieg für indonesische Umweltschützer **Umstrittene Palmölkonzession im Tripa-Urwald ist rechtswidrig.** **Doch der Wald brennt weiter** *von Anett Keller*	27
Osttimor	**Osttimor wird nicht zu Singapur, es wird immer Osttimor sein** **Interview mit Antero Benedito da Silva, ETSSC** *von Monika Schlicher*	29
	Centro Treino Integral e Desenvolvimento *von Sara Czinczoll*	31
	4. Kooperationsworkshop: **Osttimor 10 Jahre in der Unabhängigkeit** *von Monika Schlicher und Sara Czinczoll (DOTG)*	34
Aktivitäten	**Angesagt – aus der Arbeit von Watch Indonesia!** Nr. 10, Juli 2012 – Dezember 2012	37
Impressum		44

SUARA - indonesisch für »Stimme« - heißt für uns nicht nur »jemandem eine Stimme geben« oder »für jemanden Stimme sein«. Die SUARA ist unserem Verständnis von Partnerschaft entsprechend auch ein Medium, um Menschen aus Indonesien und Osttimor die Möglichkeit zu geben, mittels eigener Beiträge oder in Form von Interviews selbst die Stimme erheben zu können.

Umschlag: Demo gegen Panzerexporte vor dem Bundeskanzleramt, Foto: Herlambang Bayu Aji

Jokowi gewinnt die Gouverneurswahl in Jakarta

von Alex Flor

In Jakarta siegte die Demokratie über die Vetternwirtschaft. Wird dieses Ergebnis Auswirkungen auf die politische Landschaft über die Grenzen der Hauptstadt hinaus haben?

Die Sensation ist perfekt. Bei der Stichwahl am 20. September gewann das Duo Joko Widodo (»Jokowi«), bislang Bürgermeister der javanischen Stadt Solo, und sein Vize Basuki Tjahja Purnama, Spitzname »Ahok«, mit klarem Vorsprung vor dem bisherigen Amtsinhaber Fauzi Bowo. Dessen Unterstützerkreise hatten bis zuletzt eine Kampagne geführt, mit der die Wahlberechtigten Jakartas aufgerufen wurden, für einen Sohn ihrer Stadt, anstatt für einen »Zugereisten« zu stimmen *(s. SUARA, Nr. 2/2012, S. 15)*. Insbesondere gegen »Ahok«, einen Christen chinesischer Abstammung, wurde eine teilweise in Rassismus abgleitende Schmutzkampagne geführt. Imame predigten in der Moschee, dass gute Moslems keinen Andersgläubigen wählen dürften.

Die Strategie verfing nicht. Oder war sie vielleicht so etwas wie der Schuss ins eigene Knie? Womöglich besannen sich nämlich viele Wählerinnen und Wähler Jakartas tatsächlich auf ihre Herkunft und wählten gerade deshalb einen Javaner. Die BürgerInnen Jakartas mit javanischen Wurzeln übertreffen bei weitem die Nachkommen der »Ureinwohner« dieser Megacity.

Die Wählerinnen und Wähler wollten einen Neuanfang und schenkten ihr Vertrauen dem Hoffnungsträger Jokowi. Dieser gibt sich vom ersten Tage an als der bürgernahe Amtsträger, auf den viele gehofft hatten. Die pompöse Feier zu seiner Amtseinführung war gegen seinen Geschmack: zu teuer. Erste Amtshandlungen Jokowis waren unangemeldete morgendliche Inspektionsbesuche bei Behörden seiner Verwaltung. Der neue Gouverneur zeigte sich erschüttert über die geringe Anwesenheit seiner Beamten und drohte mit Konsequenzen. Des weiteren führte er eine neue Gesundheitskarte ein, mit der sich Angehörige der armen Bevölkerung einer kostenlosen ärztlichen Versorgung unterziehen können. Medienwirksam verteilte er persönlich diese Karten in verschiedenen Armenvierteln der Stadt.

Jokowi beim Bad in der Menge

Foto: Hariadhi

Es ist ein hoffnungsvoller Neuanfang für die von Bürokratie und Vetternwirtschaft verkrustete Hauptstadt. Wie weit der Atem reicht, bzw. an welcher Stelle der neue Chef in seiner eigenen Bü-

rokratie an Grenzen stoßen wird, bleibt abzuwarten. Ein Scheitern ist nicht ausgeschlossen. Aber es ist immerhin ein ermutigendes Zeichen, dass ein Kandidat ohne nennenswerte Anbindung an die politischen Schwergewichte des Landes und entgegen aller gegen ihn gerichteten Kampagnen des Establishments bis hin zu den einflussreichen Moscheen einen solchen Wahlerfolg erzielen konnte. Den Wählerinnen und Wählern Jakartas ist es allemal gelungen, der politischen Elite ihre Grenzen aufzuzeigen.

Auswirkungen auf die Präsidentschaftswahl

Wie konnte das passieren? *People's Power?* Müssen wir uns tatsächlich damit abfinden, dass in einer Demokratie letztendlich der Wählerwille entscheidend ist? Die politische Elite Indonesiens ist zum Umdenken gezwungen.

Prabowo Subianto gehört zu denen, die diese Lektion möglicherweise am heftigsten zu spüren bekommen. Der unehrenhaft aus der Armee entlassene Ex-General und Führer der Partei *Gerindra* setzte seit Jahren auf eine Koalition mit der *Demokratischen Partei des Kampfes* (PDI-P) und deren Vorsitzenden Megawati Sukarnoputri, Tochter des Staatsgründers und ersten Präsidenten der Republik, die Anfang des Jahrhunderts selbst für ein paar Jahre als Präsidentin die Geschicke des Landes lenken durfte. Zu den letzten Wahlen traten Megawati und Prabowo als Duo an – und verloren mit deutlichem Abstand gegenüber dem amtierenden Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono (SBY).

SBY kann nach zwei Amtsperioden zu den nächsten Wahlen nicht wieder antreten. Einen Erfolg versprechenden Nachfolger vermochten weder er selbst, noch die von ihm geführte *Partai Demokrat* (PD) in den vergangenen Jahren aufzubauen. Vielmehr gilt SBY weithin als schwache Führungsfigur und zahlreiche Funktionäre seiner Partei verstrickten sich in Korruptionsskandale. So eröffnete die Antikorruptionsbehörde KPK *(Komisi Pemberantasan Korupsi)* im Dezember erstmals ein Verfahren gegen einen amtierenden Minister. Andi Mallarangeng (PD), Minister für Jugend und Sport, sah sich gezwungen seinen Rücktritt einzureichen.

GOLKAR, die ehemalige Staatspartei unter Diktator Suharto, das zweite Schwergewicht in der indonesischen Parteienlandschaft legte sich bereits vor Monaten auf ihren Vorsitzenden Aburizal Bakrie als Präsidentschaftskandidaten fest. Dieser Großunternehmer und ehemals reichste Mann Indonesiens verfügt zweifelsohne über beste Beziehungen und schier unerschöpfliche finanzielle Mittel. Beliebt ist er deswegen jedoch noch lange nicht. Auch GOLKAR und Bakrie werden das Wahlergebnis in Jakarta sehr genau zu analysieren haben, um sich für die kommenden Wahlen fit zu machen.

Prabowo: Erfolg wird zum Verhängnis

In Meinungsumfragen liegt Prabowo Subianto fast immer mit deutlichem Abstand vor seinen potentiellen Mitbewerbern um das Präsidentschaftsamt. Der Erfolg von Jokowi in Jakarta war auch Prabowos persönlicher Erfolg: er war es, der der PDI-P dessen Aufstellung empfohlen hatte und sein eigenes Parteimitglied Ahok schließlich als Vize mit ins Rennen schicken durfte. Beste Aussichten also für ein Comeback des Oppositionsbündnisses Prabowo *(Gerindra)*/Megawati (PDI-P)?

Meine bereits vor Monaten vorsichtig geäußerte Prophezeiung, dass sich ein Wahlsieg Jokowis in Jakarta keineswegs zwingend zugunsten Prabowos auszahlen muss, scheint sich zu bestätigen (s. SUARA, Nr. 2/2012). Es mag Prabowos persönlicher Erfolg gewesen sein, aber es ist nun die PDI-P, die versucht als Partei den Nutzen daraus zu ziehen. Aus dem Ergebnis in Jakarta glaubt die PDI-P möglicherweise ein Rezept erkannt zu haben, wie auch künftige Wahlen zu gewinnen sind. Sich immer noch als Vorsitzende einer der drei großen »Volksparteien« sehend, scheint es völlig ausgeschlossen, dass sich Megawati Sukarnoputri in die Abhängigkeit einer so kleinen Partei wie *Gerindra* begeben wird. Popularität hin oder her: Prabowo Subianto zum Präsidenschaftskandidaten zu küren und hinter ihm als Vize jemanden aus den Reihen der eigenen Partei (sich selbst?) zu platzieren, kommt für die eitle ex-Präsidentin Megawati dann wohl doch nicht in Frage. Seit der Wahl Jokowis zeigt die PDI-P Prabowo und seiner *Gerindra* demonstrativ die kalte Schulter.

Inwieweit die Vergangenheit Prabowos dabei eine Rolle spielt, sei dahingestellt. Ihm werden schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, er zeichnete sich durch äußerste Nähe zum Clan von Ex-Diktator Suharto, seinem ehemaligen Schwiegervater, aus und wurde schließlich unehrenhaft aus dem Militär entlassen.

Berührungsängste waren bislang nicht das herausragende Merkmal der Politik Megawatis. Und die Umfragewerte für Prabowo scheinen zu bestätigen, dass das Verlangen nach einer starken Führung auch im Volk gewichtiger ist als die Erörterung zurück liegender Sünden. Letztlich wird es reines Machtkalkül sein, welches über die Zukunft Prabowos entscheidet.

Um kandidieren zu können, benötigt Prabowo den Rückhalt von 20% der im Parlament vertretenen Stimmen. Seine *Gerindra* verfügt gerade mal über 4,6%. Ohne die Unterstützung der PDI-P wird es dem Populisten schwer fallen, die restlichen Stimmen zur Kandidatur hinter sich zu bringen.

Das Rennen um die Präsidentschaft ist wieder offen. ◆

Die Geister, die ich rief ...

von Anett Keller

Der Film »The Act of killing« bringt indonesische Massenmörder vor die Kamera. Vor einem Gericht mussten sie sich bislang nicht verantworten. Ein Blick in den Abgrund unaufgearbeiteter Geschichte.

Man stelle sich vor, eine Gruppe ehemaliger SS-Schergen inszeniert sich vor einer Kamera und spielt nach, wie sie Juden umgebracht haben. Sie singen und tanzen dabei, tragen bizarre Outfits in knalligen Farben und brüsten sich mit ihren Gewalttaten. Amtierende Bürgermeister und bekannte Medienmogule sitzen in Luxusvillen mit den Mördern auf dem Sofa und klopfen ihnen auf die Schulter – ebenfalls vor laufender Kamera …

Joshua Oppenheimers »The Act of Killing«, der kürzlich beim *Toronto International Filmfestival* für Aufsehen sorgte, hat nicht den Holocaust zum Thema. Sondern die Kommunistenverfolgung in Indonesien Mitte der 60er Jahre. Dennoch vergleichen Kritiker »The Act of killing« mit dem Holocaust-Film »Shoah«. Auch Oppenheimers Film, co-produziert von Werner Herzog und Errol Morris, lehrt das Grauen, ohne Tote zu zeigen. Und auch für »The Act of killing« gilt, was der Medienwissenschaftler Klaus Kreimeier 1986 über »Shoah« schrieb: »Die Sprache der Barbarei tappt nicht etwa in ihr gestellte Fallen, sondern sie ist geheimnislos. Man muss sie nicht herauslocken, man muss ihr nur zuhören.«

Sieben Jahre lang hat Oppenheimer der Sprache der Barbarei zugehört. Der 38jährige Amerikaner lässt Massenmörder nicht nur vor der Kamera zu Wort kommen, sondern sie »das Schauspiel des Tötens« visualisieren. Hauptdarsteller: Die Mörder selbst. Sie drehen einen Film über Verbrechen, auf die sie stolz sind. Oppenheimer filmt sie dabei.

Protagonist Anwar Congo und seine Freunde sind Kriminelle in der Großstadt Medan in Nordsumatra, so genannte *Preman* (= freier Mann). Die 1965 zunehmend einflussreiche Kommunistische Partei (PKI), ist Anwar und »seinen Jungs« ein Dorn im Auge. Sie sind Mitglieder der paramilitärischen ultranationalistischen *Pemuda Pancasila* (PP) und verdienen, wenn sie nicht gerade Schutzgelder erpressen, ihr Geld als Ticket-Abreißer in einem Kino. Sie kleiden sich wie ihre amerikanischen Film-Idole. Und es sind die Hollywood-Streifen, die das Kinopublikum anziehen und Anwar & Co das meiste Geld einbringen. Jene Filme, die die PKI als imperialistisches Machwerk boykottiert. Als die große, blutige Hetzjagd auf Kommunisten beginnt, muss man Anwar und seine Freunde nicht lange um Mithilfe bitten. Gegenüber von »ihrem Kino« liegt das Büro der PP.

Auf dessen Dachterrasse sieht man Anwar in einer der ersten Szenen von »The Act of killing« tanzen. »Cha, cha, cha – da, da, da«. Der schlanke Mann in weißer Hose und grün-weiß geblümtem Hemd singt und tänzelt vor und zurück. Gerade hat er erklärt, wie sie damals die Kommunisten »alle gemacht haben«. Wie es auf der Terrasse anfangs so viel Blut gab, dass es zu sehr stank. Wie er deshalb auf die Idee kam, seine Opfer mit einer Drahtschlinge zu erwürgen. Er hatte das in amerikanischen Gangsterfilmen gesehen. Wie gut dieses Vorgehen das Blut-Problem löste. Wie er die Bilder im Kopf vertreibt, mit ein bisschen Musik, ein bissen Alkohol, ein bisschen Marihuana ... »Da, da, da – uh, uh, uh.«

Das Blutbad von 1965/66 hat zwischen 500.000 und 2,5 Millionen Menschenleben gefordert. Suhartos Militärs brauchten dafür zivile Handlanger. Tausende wie Anwar mordeten im Auftrag der Militärs oder gemeinsam mit ihnen. Und mit Unterstützung aus Washington in Form von Geld, Technologie und Namenslisten.

Wer das Blutbad überlebte, aber des Kommunismus verdächtig war, landete ohne Gerichtsverfahren zum Teil über ein Jahrzehnt im Gefängnis und bekam hernach den Stempel ET (*Ex-Tapol* = Ex-Polithäftling) in seinen Ausweis. Zwar konnten sich die Opfer nach Suhartos Sturz endlich Gehör verschaffen. Historiker publizierten eine alternative Geschichtsschreibung. Im Juli 2012 schließlich stufte die Nationale Menschenrechtskommission die Kommunistenverfolgung von 1965/66 als »schwere Menschenrechtsverletzung« ein und forderte den Generalstaatsanwalt zu Ermittlungen gegen die Täter auf. Doch in der Bevölkerung dominiert die Narration des vor 14 Jahren gestürzten Diktators Suharto noch immer. Militärmedien hatten 1965 verbreitet, die ermordeten Militärs seien von Kommunisten gefoltert worden. Kommunistinnen hätten ihnen die Penisse abgeschnitten und die Augen ausgestochen. Der Obduktionsbericht, der dafür keinen Beweis liefert, blieb unter Verschluss. Doch die Propaganda wirkte, die Dehumanisierung der Kommunisten förderte den Hass breiter Gesellschaftsschichten und deren Angst vor dem »kommunistischen Chaos«. Auf diesem Hass und dieser Angst beruhte Suhartos

Macht. Auf ihr beruht die Macht vieler indonesischer Amtsträger bis heute. Er wollte zeigen, so Oppenheimer, welche Kultur sich entwickelt, wenn die Mörder gewinnen und führende Positionen in der Gesellschaft einnehmen. »Massenmord als etwas Heldenhaftes zu feiern ist der Grundstein für Straflosigkeit.«

Foto: Promo

Mit sichtlicher Freude stellen Anwar und seine Freunde in Hollywood-ähnlicher Manier ihr Morden nach. Das wirkt so bizarr, dass man zuweilen lachen muss. Zugleich wird klar, dass die Täter einst so spielerisch mordeten wie sie jetzt das Morden spielen. In der absoluten Gewissheit, über dem Gesetz zu stehen. Anwar kommen erst Zweifel, als er in die Opfer-Rolle schlüpft. »Ich kann fühlen, wie meine Würde zerstört wird. Ob die Menschen, die ich gefoltert habe, auch so gefühlt haben?« Der Regisseur antwortet aus dem off: »Du weißt, dass Du einen Film machst, Anwar. Deine Opfer wussten, dass sie wirklich sterben würden.«

Der Regisseur kommt vor allem Anwar so nah, dass der Zuschauer nicht nur die Fratze des Massenmörders sieht. Anwar ist der Einzige der ehemaligen Schlächter, der im Film eine Art Katharsis durchläuft und am Ende Reue zeigt. In einer Szene sieht man ihn mit seinen Großneffen bei mehreren Entenküken hocken. Einem Küken hat einer der Jungen weh getan. Behutsam erklärt der Massenmörder den Jungs, dass man so nicht mit Tieren umgehen kann: »Die Arme, schau, sie ist noch so klein. Entschuldige Dich, sag ihr dass Du es nicht so gemeint hast.«

»Dies ist der heftigste und politisch wichtigste Film, den ich je über Indonesien gesehen habe«, so der indonesische Soziologe Ariel Heryanto. Seit »The Act of killing«, so Heryanto, sei das Studium indonesischer Politik nicht mehr das Gleiche wie zuvor. Noch ist unklar, wann und wie die indonesische Öffentlichkeit den Film zu sehen bekommt. Trotz weitgehender Medienfreiheit hat Indonesien nach wie vor eine Film-Zensurbehörde, von der »The Act of killing« wohl kaum grünes Licht bekommt. Die Protagonisten drohen, Oppenheimer zu verklagen. Sie fühlen sich falsch dargestellt und vom Regisseur hintergangen.

Vertreter der *Pemuda Pancasila* »baten« zunächst öffentlich darum, den Film nicht zu zeigen. Als die Lokalzeitung »Radar Bogor« in Westjava Anfang Oktober über den Film berichtete und dabei Kritik an der PP äußerte, zeigten Vertreter der Organisation erneut ihr wahres Gesicht. Nach Angaben des Nachrichtenmagazins *Tempo* demonstrierten 400 von ihnen vor dem Verlagsgebäude und überreichten ein Forderungsschreiben, in dem nicht nur eine Entschuldigung in allen westjavanischen Zeitungen gefordert wurde sondern auch, dass »Radar Bogor« einen Monat lang über jede Veranstaltung der PP berichtet und das mindestens im Umfang einer Viertelseite. Als ein leitender Redakteur die Massen beruhigen wollte, wurde er zusammen geschlagen. Der völlig verunsicherte Redaktionsleiter unterschrieb daraufhin den Forderungsbrief.

»Natürlich will ich den Film sehen«, sagt Erlina Gudadi, Vorsitzende von *Kiprah Perempuan*, einer Vereinigung von 1965er-Opfern. »Aber ich hätte zugleich Angst vor Gewalt, wenn er hier in den Kinos läuft.« Gudadi erzählt, wie Angehörige von Ermordeten vor kurzem ein Massengrab öffnen wollten, um die sterblichen Überreste ihrer Verwandten angemessen zu beerdigen. »Zwei Tage nachdem wir das beim Landrat angemeldet haben, tauchten am Ort des Massengrabes Transparente auf, die vor der ›Neuen Kommunistischen Gefahr‹ warnten.« Aus Angst stoppten die Opfer-Angehörigen ihre Pläne.

Indonesiens größtes Nachrichtenmagazin *Tempo* folgte Anfang Oktober Oppenheimers Inspiration und publizierte eine Sonderausgabe mit Interviews von 65er-Massenmördern. Da ist der verurteilte Mörder, der von Militärs aus dem Gefängnis geholt wird und für die Beteiligung am Kommunistenmord (auch an eigenen Verwandten) mit der Freiheit belohnt wird. Da sind Mitglieder der *Nadhlatul Ulama* (NU), der größten muslimischen Massenorganisation des Landes, deren Führer oft Großgrundbesitzer waren, denen die Landreformen der PKI ein Dorn im Auge waren. »Wer keine Kommunisten vernichten will, der kann kein richtiger Muslim sein«, sei damals der Schlachtruf gewesen, erinnert sich einer der Massenmörder aus NU-Kreisen. Und da ist jener, der damals wegen seiner Grausamkeit an den Kommunisten berühmt war. Der nach dem großen Blutbad immer wieder Amok lief und gegen alles und jeden gewalttätig wurde. Und der heute, nach 30 Jahren in der Psychiatrie, an einem Fuß angekettet, vor dem Haus seiner Familie sein Dasein fristet.

»Diese Berichte haben eine enorme Diskussion ausgelöst, bei der vielen unwohl ist«, so der indonesische Historiker Hilmar Farid. Aber es sei genau die Diskussion, die sein Land brauche. Auch wenn, so Farid, »der Mut, die Vergangenheit zu betrachten, vielleicht die Behaglichkeit der Gegenwart erschüttern wird.« ◆

The Act of Killing wird auf den Internationalen Filmfestspielen in Berlin (Berlinale) vom 7.-17. Februar 2013 zu sehen sein.

Indonesien besiegt Merkel mit deutschen Waffen

von Alex Flor

Während sich die Bundesregierung über den geplanten Export von *Leopard*-Panzern nach Indonesien bedeckt hält, berichten indonesische Medien freimütig von immer mehr Waffenkäufen in Deutschland. In Berlin demonstrierten indonesische und deutsche RüstungsgegnerInnen vor dem Kanzleramt.

Scheibchenweise kommt die Wahrheit ans Licht. Nachdem zunächst »nur« von 100 deutschen *Leopard*-Panzern die Rede war, die nach Indonesien verkauft werden sollen, wurden Anfang Oktober weitere Details der Einkaufsliste bekannt. Darauf stehen neben den *Leoparden* auch 50 Schützenpanzer des Typs *Marder 1A3*, 18 Trainingsflugzeuge der in Süddeutschland beheimateten Firma Grob. Über drei leichte Fregatten der Bremer *Lürssen*-Werft werde noch verhandelt. Es darf erwartet werden, dass diese Verhandlungen zügig verlaufen. Firmenchef Friedrich Lürssen nimmt seit vielen Jahren das Amt eines indonesischen Honorarkonsuls in Bremen wahr.

Deutsche ParlamentarierInnen müssen solche Informationen den indonesischen Medien entnehmen, denn die Bundesregierung hüllt sich in Schweigen und gibt auf Anfragen von ParlamentarierInnen nur ausweichende Antworten: es liege kein formelles Kaufgesuch vor, Gespräche über Rüstungslieferungen stünden nicht auf der Agenda der Besuchsreise und im Übrigen beteilige sich die Bundesregierung nicht an Spekulationen über mögliche Waffengeschäfte hieß es vor dem Besuch von Bundeskanzlerin Merkel in Jakarta im Juli dieses Jahres. Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) brüskierte die Kanzlerin, indem er sich nicht an diese Sprachregelung hielt, sondern das Thema Waffenlieferungen in einer gemeinsamen Pressekonferenz freimütig ansprach.

Ebenso freimütig berichten indonesische Medien detailliert über Gespräche mit der Deutschen Botschaft, über die Reisen indonesischer Militärs und Verteidigungspolitiker zu deutschen Rüstungsbetrieben und über die jeweils aktuellen Neueinträge ihrer Einkaufsliste.

Demo vor dem Bundeskanzleramt

Foto: Herlambang Bayu Aji

So schrieben Tageszeitungen wie *Kompas*, *Suara Karya* und die englischsprachige *Jakarta Post* am 13. September übereinstimmend über ein bevorstehendes Geschäft mit der deutschen Firma *Rheinmetall.* Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Jakarta empfing Vizeverteidigungsminister Sjafrie Sjamsoeddin nebst anderen hochrangigen Vertretern seines Hauses Heidrun Tempel, die deutsche Gesandte an der Botschaft Jakarta. Frau Tempel habe die Unterstützung der Bundesregierung für ein von Sjafrie Sjamsoeddin angeführtes »*High Level Committee*« nach Deutschland zugesagt. Die Reise sollte noch in derselben Woche stattfinden.

Eine ebenfalls von Sjamsoeddin geleitete Delegation hatte bereits Ende Februar Deutschland besucht. Ihr gehörte auch der

Stabschef des Heeres, General Pramono Edhie Wibowo an. Er ist ein Schwager des Staatspräsidenten Susilo Bambang Yudhoyono und Sohn des als »Kommunistenschlächters« bekannt gewordenen Sarwo Edhie Wibowo, unter dessen Kommando in den Jahren nach 1965 nach eigenen Angaben »vielleicht drei Millionen« tatsächliche und vermeintliche Kommunisten umgebracht wurden. Bis heute warten überlebende Opfer auf eine förmliche Entschuldigung und Reparationen seitens des Staates. Erst kürzlich hat die nationale Menschenrechtskommission *Komnas HAM* eine umfangreiche Studie vorgelegt, welche der Generalstaatsanwaltschaft eine Ermittlung wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen empfiehlt.

Auf dem Programm der Reise im Februar standen Gespräche mit dem Rüstungskonzern *Krauss-Maffei-Wegmann.* Des weiteren wurde am 27. Februar 2012 eine Vereinbarung mit dem deutschen Verteidigungsministerium über die rüstungs- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit beider Staaten abgeschlossen, deren konkreter Inhalt der Öffentlichkeit bisher aber noch nicht bekannt ist.

Transparenz als Waffe

Mit der keineswegs alltäglichen Informationsfreudigkeit der indonesischen Regierung und der offenen Brüskierung von Kanzlerin Angela Merkel durch SBY will Indonesien offenbar folgende Botschaften senden:

1. wir üben mehr Transparenz als ihr und unsere Presse ist frei,
2. wir brauchen von euch keine Belehrungen, und
3. wir sind stolz darauf, in großem Stil hochwertige Waffen einzukaufen.

Die immer länger werdende Einkaufsliste von Rüstungsgütern aus dem Ausland umfasst mittlerweile Lieferanten in Spanien, Frankreich, Russland, Polen, den USA, Brasilien, Südkorea und China – ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Breiter kann man weltpolitisch kaum aufgestellt sein.

Einige Jahre, nach Aufhebung eines Rüstungsembargos wegen der Gräueltaten des indonesischen Militärs in Osttimor seitens der USA sowie eines kurzfristigen Embargos der EU, wollen Indonesien und seine Streitkräfte ein Signal der Stärke senden: »wir sind wieder wer! Wir können mit allen Mächten dieser Welt kooperieren!«. Einzig das niederländische Parlament lehnte einen Panzerexport nach Indonesien mit Verweis auf die Menschenrechtssituation ab.

Dieses Auftreten Indonesiens ist eng verknüpft mit einer größeren Strategie, die wohl wie folgt gelesen werden muss:

1. Indonesien möchte unter allen Umständen das Image eines »rückständigen« Entwicklungslandes hinter sich lassen und den Staaten des Westens als neue Großmacht auf Augenhöhe begegnen können. Man braucht keine Entwicklungshilfe-Almosen mehr, und man glaubt auf politische und wirtschaftliche Interventionen ebenso wie auf gute Ratschläge mittlerweile verzichten zu können. Indonesien ist sehr stolz darauf, der G 20 anzugehören und strebt danach, in der internationalen Rangliste noch weiter nach oben zu steigen.

2. Verbunden mit diesem neuen Selbstbewusstsein ist auch das Bestreben der Streitkräfte, sich ein neues Image zu geben, welches frei ist von den Vorwürfen seiner oftmals blutigen Vergangenheit, und welches davon ablenkt, dass sich diese Streitkräfte bis zum heutigen Tage regelmäßig schwerer Menschenrechtsverletzungen in der Konfliktregion Papua, aber – Stichwort Landkonflikte – nicht nur dort schuldig machen. Und freilich fordern die indonesischen Streitkräfte als treuer Verbündeter im internationalen Kampf gegen den Terror nach zehn Jahren nun die Rechnung ein.

Die Menschenrechtslage

Die Menschenrechtssituation im Empfängerland ist ein zentrales Kriterium für die Genehmigung von Rüstungsexporten. So steht es zumindest auf dem Papier.

Vor Jahren war Indonesiens Militär wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen in Osttimor mit einem Embargo belegt. Osttimor ist mittlerweile seit 10 Jahren ein unabhängiger Staat. Aber bis heute wurde keiner der verantwortlichen indonesischen Militärs wegen der damals begangenen Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Mutmaßliche Täter wie General Wiranto und der – wegen des Auffahrens von Panzern (!) auf den Regierungspalast im Mai 1998 – unehrenhaft aus der Armee entlassene ehemalige General Prabowo sind heute Vorsitzende populärer politischer Parteien. Wiranto und Prabowo erklärten beide ihre Kandidatur für die anstehenden Präsidentschaftswahlen.

Wie Wiranto und Prabowo sind zahlreiche andere mutmaßliche Täter aus den Reihen des Militärs nach wie vor in Amt und Würden – sei es in den Streitkräften oder in der Politik. Keiner der mutmaßlich verantwortlichen Militärs für die schweren Menschenrechtsverletzungen von 1965, für das Massaker von Tanjung Priok 1984, für die »mysteriösen« Morde an mutmaßlichen Kleinkriminellen *(»Petrus«)*, für die Entführung und das Verschwindenlassen von Aktivisten 1997/98, für die Erschießung von Demonstranten und die antichinesischen Pogrome von 1998 sowie für zahlreiche andere Fälle Verantwortliche wurde jemals wegen dieser Taten verurteilt.

In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage vom 23.08.2012 heißt es jedoch: »Menschenrechtsverletzungen, die zu einer Einstellung der Kooperation mit Teilen der indonesischen Streitkräfte führten, liegen mehr als zehn Jahre zurück. Inzwischen ist Indonesien eine gefestigte Demokratie, in der die Regierung sich nicht nur offen zur Wahrung der Menschenrechte bekennt, sondern deren Einhaltung sich auch in den Streitkräften durchsetzt. Insbesondere bei den indonesischen Spezialkräften nimmt das Thema »Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen im Einsatz« in der Ausbildung inzwischen breiten Raum ein. Die Bundeswehr unterstützt die Kooperationen mit den indonesischen Streitkräften in diesem Jahr mit unterschiedlichen Programmen, z. B. zu den Themen Innere Führung und Wehrrecht.«

Tatsächlich fanden und finden schwere Menschenrechtsverletzungen auch in den zurückliegenden zehn Jahren bis zum heutigen Tage statt:

2004 erlag der prominente Menschenrechtsanwalt Munir auf einem Flug nach Amsterdam einer Arsenvergiftung. Die Gerichte sahen sich außerstande, mutmaßlich verantwortliche Täter aus den oberen Rängen des Geheimdienstes zu überführen.

Bis zum 26. Dezember 2004, als ein gewaltiger Tsunami dafür sorgte, dass die Karten neu gemischt werden mussten, herrschte in der Provinz Aceh der militärische Ausnahmezustand – zu gut Deutsch: Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Einer Aufarbeitung der damaligen Ereignisse durch eine Wahrheitskommission wurde erst kürzlich eine Absage erteilt.

Bis zum heutigen Tage leidet die Bevölkerung der beiden östlichsten Provinzen, Papua und West-Papua, unter der Repression des Militärs. Extralegale Hinrichtungen stehen auf der Tagesordnung. Weltweit verbreitete Videos zeigten erschütternde Szenen von Folterpraktiken durch Angehörige des Militärs. Darauf Bezug nehmend erklärte Markus Haluk, Menschenrechtsaktivist aus Papua, bei seinem kürzlichen Besuch gegenüber *Watch Indonesia!*: »Deutschland wird durch Waffenlieferungen mitverantwortlich.«

Was bewirken deutsche Rüstungslieferungen?

Reflexartig versuchen MenschenrechtlerInnen, RüstungskritikerInnen und politische GegnerInnen des indonesischen Militärs, einen direkten Zusammenhang zwischen Rüstungslieferungen und Menschenrechtsverletzungen herzustellen: *Leopard*-Panzer bedrohen die Menschen in Papua! Manche werden sich darüber wundern, dass diese Sichtweise selbst auf Seiten der Betroffenen nicht immer geteilt wird.

Deutsche Panzer *(»panser Jerman«)* haben in Indonesien ein durchaus positives Image. Die Mehrzahl des fußballbegeisterten Volkes assoziiert mit diesem Begriff nämlich die Spielweise der deutschen Nationalmannschaft in Zeiten vor Bundestrainer Löw: nicht schön, aber effektiv! So was kommt an in Indonesien.

Wer im Internet nach kritischeren Stimmen bezüglich der *Leopard*- und *Marder*-Panzer suchen möchte, sollte anstatt »*panser Jerman*« lieber »*tank Jerman*« eingeben. Unter diesem Suchbegriff finden sich zahlreiche kritische Stimmen. Aber auch diese Kritik geht nicht immer konform mit den Ansichten westlicher RüstungskritikerInnen: da wird dann schon mal argumentiert, dass man das Geld lieber in die Anschaffung von Drohnen, anstatt in Panzer investieren solle. Vielleicht schon interessanter: selbst für solche Äußerungen wurde Al Araf, ein Dozent an der »*Indonesian Defense University*«, bereits seines Jobs enthoben.

ExpertInnen in Deutschland sind sich weitgehend darüber einig, dass die unmittelbar drohende Gefahr einer Lieferung von *Leopard*-Kampfpanzern eher theoretischer Natur ist. Diese großen und schweren Panzer sind angesichts der topografischen Bedingungen Indonesiens kaum einsetzbar. Fast jede Straßenbrücke würde unter der Last eines Leoparden zusammenbrechen. Das Kaufgesuch nach Kampfpanzern dieser Größenordnung muss also in erster Linie dem Geltungsbewusstsein der indonesischen Streitkräfte im Kontext des allgemeinen Wettrüstens in Südostasien zugeschrieben werden.

Eine mehr als nur symbolische Gefahr wäre allerdings gegeben, wenn Deutschland tatsächlich kleinere, gut bewegliche Schützenpanzer wie den *Marder* nach Indonesien liefern würde: es bedarf keiner großen Fantasie, um sich ausmalen zu können, wie diese Panzer gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden können.

Demo vor dem Kanzleramt

Foto: Herlambang Bayu Aji

Der Panzer »Leopard Revolution« wurde für den Straßenkampf modifiziert

Solange nur der Hersteller *Krauss-Maffei-Wegmann* (KMW) als potenzieller Lieferant der *Leopard*-Panzer im Gespräch war, musste davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um gebrauchte Panzer aus Altbeständen der Bundeswehr handelte, deren Einsatzfähigkeit in Indonesien von vielen ExpertInnen bezweifelt wird. Am 20. September 2012 berichtete *Watch Indonesia!* jedoch erstmals unter Berufung auf indonesische Medien, dass das indonesische Verteidigungsministerium mit dem deutschen Rüstungskonzern *Rheinmetall* in Verhandlungen stehe (www.watchindonesia.org/Information und Analyse, 20.09.12.htm).

Gegenüber der Nachrichtenagentur *dpa* erklärte Kurt Braatz, Sprecher des *Leopard*-Produzenten KMW: »Krauss-Maffei Wegmann liefert keine Panzer nach Indonesien«. Die zu unserem Bedauern kürzlich verblichene *Financial Times Deutschland* recherchierte ebenfalls, dass die Panzerlieferung durch *Rheinmetall*, und nicht durch den Hersteller KMW erfolgen soll. (http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/:leopard-export-rheinmetall-plant-panzer-deal-mit-indonesien/70112001.html)

Das indonesische Nachrichtenportal TEMPO (www.tempo.co) dagegen schrieb am 30. Oktober 2012, Indonesien werde für einen Gesamtpreis von 287 Mio. US$ (217 Mio. €) 40 Panzer des Typs *Leopard 2A4*, 63 Panzer des Typs *Leopard 2 Revolution*, 10 *Leopard*-Bergungspanzer sowie 50 Schützenpanzer des Typs *Marder 1A3* kaufen.

Komplette Verwirrung? Um dieses Rätsel, hinter welchem sich die Bundesregierung so gut verstecken kann, zu entwirren muss man wissen, dass *Krauss-Maffei Wegmann* nur der ursprüngliche Produzent des *Leopard 2A4* war. Diese Panzer wurden an die Bundeswehr verkauft und werden nun nicht mehr benötigt. Der Rüstungskonzern *Rheinmetall* kaufte offenbar eine uns unbekannte Anzahl dieser Panzer auf und unterzog sie einer Modernisierung. Diese runderneuerten Panzer werden nun von *Rheinmetall* als neues Produkt – nicht als Gebrauchtwagen! – unter dem Namen *»MBT Revolution«* verkauft. »Die Modernisierung diente unter anderem dazu, die Eignung des 2A4 für den Straßenkampf zu verbessern.« (dpa, 30.10.2012)

Straßenkampf?

»Für den Straßenkampf verbessert«? Anlässlich des Staatsbesuches von Bundeskanzlerin Merkel hatte SBY noch erklärt, »dass sein Land Rüstungsgüter nur für ein stehendes Heer brauche, um die Region weiterhin stabil zu halten. Sein Land habe nie Panzer oder Hubschrauber gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt und werde dies auch nicht tun.« (dapd, 10.7.2012)

Dem letzten Weißbuch der indonesischen Streitkräfte (TNI) sind keine äußeren Bedrohungen zu entnehmen, die in einem Straßenkampf enden könnten. Solange die Rolle des indonesischen Militärs nicht eindeutig auf die Landesverteidigung beschränkt ist, muss zu jeder Zeit damit gerechnet werden, dass deutsche Panzer auch gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt werden. Wozu sonst sollten »für den Straßenkampf verbesserte« Panzer nützlich sein?

Oder geht es hier nur ein weiteres Mal um die Imagepflege? Passt der vergleichsweise kostengünstige Kauf dieser »neuen« Panzer der TNI einfach besser ins Konzept als die weniger statusträchtige Anschaffung anderswo ausrangierter *Secondhand*-Ware?

Demo vor dem Kanzleramt

Mit kunstvoll gestalteten Plakaten demonstrierten ca. 50 indonesische und deutsche RüstungsgegnerInnen am 5. Oktober 2012, dem Tag der indonesischen Streitkräfte, vor dem Bundeskanzleramt in Berlin gegen die deutschen Waffenlieferungen nach Indonesien und die Geheimniskrämerei der Bundesregierung.

»Mehr Bildung, keine Panzer« forderte das Aktionsbündnis *Allianz der indonesischen Gesellschaft gegen Waffenhandel*, an dem *Watch Indonesia!* aktiv beteiligt war. Gemeinsam mit VertreterInnen einiger weiterer Organisationen trotzten sie dem unfreundlichen Herbstwetter, um ihre Ablehnung kund zu tun.

Vielen IndonesierInnen ist es schlicht unverständlich, warum Hunderte Millionen Dollar in Rüstungsgüter investiert werden, während weit über 100 Mio. Menschen in Indonesien keinen Zugang zu angemessener Bildung oder Gesundheitsversorgung haben und ein Leben unterhalb der Armutsgrenze fristen müssen.

Die DemonstrantInnen zeigten sich besorgt um die Menschenrechtslage in Papua und die Rechte von Minderheiten. Das in den Staaten des Westens gerne verbreitete Bild eines nach der Überwindung der Diktatur 1998 zur Demokratie gewandelten Indonesiens, sei ein Trugbild.

Der 5. Oktober, der Tag der Streitkräfte, ist in Indonesien ein nationaler Feiertag. Wir gratulierten zusammen mit vielen FreundInnen und Freunden der *Allianz* auf unsere Weise zu diesem Festtag. ◆

Muslimische Fernsehprediger:

Zwischen geschäftlichem und spirituellem Verlangen

von Dr. Media Zainul Bahri

In der Religionsgeschichte des zeitgenössischen Indonesien, insbesondere in der Ära von 1960 bis 1990, beschreibt *Ustadz* eine Person, die ein begrenztes Verständnis der islamischen Studien hat und dessen Wirkungskreis auf ein überschaubares Gebiet beschränkt ist. Allerdings wird dem *Ustadz* in jedem Dorf eine recht hohe Position zuteil und er genießt das Ansehen seiner Gemeinde, weil er traditionell als Vorbild für die moralische Kultur gilt (in der Regel, wird der *Ustadz* als ein religiöser Führer seine Haltung bewahren, Demut zeigen *(tawadhu ')* und nicht voreilig handeln).

Eine Person, die ein fundierteres Wissen über den Islam hat, wird auf Java in der Regel als *Kyai* oder auf Sumatra als *Buya* bezeichnet. Ein *Kyai* hat eine höhere sozio-theologische Position als ein *Ustadz* und eine einflussreiche Funktion über ein größeres Gebiet. Daher genießt ein *Kyai* höheren Respekt.

Ustadz und *Kyai* sind beides Titel, die für eine direkte Anerkennung durch die Gemeinde *(Ummah)* stehen. Zur besagten Zeit genossen die *Ustadz* oder *Kyai* in der indonesischen muslimischen Gemeinschaft nicht nur deshalb hohen Respekt, weil sie hervorragende moralisch-spirituelle Qualitäten hatten, sondern allzu oft, weil sie Nachkommen von hochangesehenen muslimischen Persönlichkeiten der Vergangenheit waren. Viele von ihnen sogar auf eine genealogische Beziehung zu dem Propheten Mohammed verweisen konnten.

Die soziopolitische Bühne änderte sich nach dem Sturz des Systems der *Neuen Ordnung* 1998 in signifikanter Weise. Die demokratische Öffnung der Reform-Ära ging einher mit einer explosionsartigen Vermehrung von Informationen und neuen Informationstechnologien, und viele *Ustadzs* gelangten durch die elektronischen Medien (Fernsehen, Radio, usw.) zu Berühmtheit. Diese *Ustadzs* wurden von den Medien ausgesucht bzw. dazu benutzt, um in einfachen Worten, leicht und unterhaltsam über den Islam zu sprechen.

In der beginnenden Reform-Ära nach 1998 standen viele Indonesier aufgrund wirtschaftlicher Not und sozialem Chaos unter Stress oder gar Schock. Jeden Tag sprachen Experten und Beobachter im Fernsehen und in den Zeitungen über gesellschaftspolitische Themen. In dieser instabilen Situation waren viele Menschen froh und dankbar, wenn ein *Ustadz* oder *Kyai* ihnen mittels leicht verständlicher religiöser Vorträge, Trost spendete, neue Hoffnung gab und Optimismus verbreitete.

AA Gym

Foto: Sven Hansen

Ein erster junger *Ustadz*, den die Leute wegen seiner Reden liebten, war Abdullah Gymnastiar, in Indonesien bekannt als AA Gym. Tatsächlich war er weder ein religiöser Gelehrter, noch Absolvent einer islamischen Schule, sondern Unternehmer mit einem Hochschulabschluss in Ingenieurswissenschaften. Seine Vorträge waren wirklich faszinierend, sie verbreiteten Optimismus und träufelten Balsam auf die Seelen der Beunruhigten. Um den Herausforderungen des Lebens zu begegnen, prägte er den Begriff »*Qalbu-* (Herz-)Management«, eine Lehre darüber, wie wir unser Herz zu verwalten haben, um Gott nahe zu sein und unsere Fröhlichkeit zu bewahren. Nach zwei oder drei Jahren regelmäßiger Fernsehauftritte hatte sich AA Gym in Indonesien zu einem sehr populären *Ustadz* entwickelt. Die Medien berichteten über jede Facette seines Lebens und seiner Familie. Er war ein Dauerthema für die Massenmedien. Seine Popularität stellte viele Prominente, Schauspieler und Schauspielerinnen, Politiker und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den Schatten.

Zur gleichen Zeit tauchte dann *Ustadz* Jeffery al-Buchori (Uje) auf, ein gut aussehender und *cool* wirkender *Ustadz*. Er war zuvor Schauspieler und ein ehemaliger Drogenabhängiger. Seine Predigten kamen bei Jugendlichen gut an. Uje las die Verse des Koran mit einer melodischen Stimme. Das machte ihn für *coole* junge Leute attraktiv. Ähnlich wie Uje ist auch *Ustadz* Soleh Mahmud (Solmed) gut aussehend und *cool*. Auch er ist mittlerweile sehr berühmt. Uje und Solmed werden von vielen muslimischen Frauen und jungen Mädchen verehrt.

Es gibt auch einzigartige *Ustadzs* wie Yusuf Mansur. Er ist ein Ex-Krimineller, der wegen hoher Verschuldung im Knast saß. Aber er machte einen Abschluss an der Fakultät für Scharia an der staatlichen islamischen Universität. Neben seiner melodiösen Stimme, war eines seiner Markenzeichen seit seinem ersten Erscheinen bis heute immer, die Menschen dazu anzuhalten Almosen zu geben (Nächstenliebe, *shadaqah*). Yusuf Mansur predigte, dass durch Almosen (Nächstenliebe) auf alle Probleme des Lebens und gegen alle Krankheiten ein Ausweg zu finden sei. Gott werde die beste Lösung finden, denn ER (Gott) hat es versprochen, ohne Zweifel.

Die jungen *Ustadzs*, die durch das Fernsehen berühmt wurden, dienten nicht nur gewöhnlichen Moslems als Vorbild, sondern auch vielen Prominenten wie beispielsweise Schauspielern und Schauspielerinnen, die sich gerne mit ihnen zusammen im Fernsehen zeigten. Diese jungen *Ustadzs* werden deshalb gerne als »Promi-*Ustadzs*« bezeichnet.

Einige der wichtigsten Merkmale dieser Personen sind:

(1) Ihre Reden sind nicht kompliziert und tiefgründig. Das Wichtigste ist muslimische Zuschauerinnen und Zuschauer gut zu unterhalten. Sie selbst sind nicht wirklich religiöse Gelehrte, die über hohe Qualifikationen verfügen.

(2) Sie kommen immer mit der Mode. Die Art ihrer Kleidung und die entsprechenden Markenprodukte wurden von vielen muslimischen Gemeinden genauestens beobachtet. Der Verkauf solcher Kleidung und der dazu passenden Accessoires haben sich zu einem sehr lukrativen Geschäft entwickelt.

(3) Einige von ihnen leisteten sich Skandale mit Frauen. Sie sind auch sehr materialistisch. Sie haben Verträge mit vielen Fernsehsendern und gut zahlenden Unternehmen. Wenn sie von muslimischen Gemeinden eingeladen werden, stellen sie hohe Honorarforderungen.

(4) Sie unterstützen alle Aktivitäten von islamischen Gruppen, einschließlich der radikalen islamischen Gruppen. Sie verurteilen die *Ahmadis* als ketzerisch und deren Glaube als Irrlehre. Sie erklärten sich damit einverstanden, wenn Indonesien zu einem theokratischen Islamstaat würde, in dem das Scharia-Recht gilt.

Natürlich sind die meisten gebildeten Moslems sehr unzufrieden über dieses Phänomen, welches die Leute dazu verleitet, den Beruf eines *Ustadz* in einem zynischen und negativen Licht zu sehen. In der Vergangenheit wurden *Ustadz* und *Kyai* wegen ihrer vollen Hingabe an die *Ummah* hoch verehrt; sie waren nicht materialistisch, sie verstanden ihr Auftreten im Griff zu halten und waren nicht in Skandale verwickelt, die durch die Scharia verboten sind.

Allerdings muss man zugeben, dass viele gewöhnliche Moslems und viele Leute der Mittelklasse, die früher nichts vom Islam verstanden, aus den Lehren der Promi-*Ustadz* einiges über den Islam gelernt haben und daraus eine Menge positiven Nutzens ziehen konnten. Ein anderer optimistischer Aspekt ist, dass der Islam in den elektronischen Medien durch eine breite Berichterstattung Anerkennung gefunden hat. Der indonesische Islam von heute ist Teil der modernen Pop-Kultur und gilt nicht mehr als rückständig und konservativ. ◆

Dr. Media Zainul Bahri ist seit 2003 Dozent an der Fakultät für Islamische Theologie und Philosophie an der staatlichen islamischen Universität *Syarif Hidayatullah* in Jakarta. Die *Alexander von Humboldt-Stiftung* unterstützt seinen derzeitigen (2012-2013) Forschungsaufenthalt an der Fakultät für Orientwissenschaften der Universität Köln mit einem Stipendium.

Indonesische Frauenmagazine und die Dakwah-Bewegung nach Suharto

von Arie Setyaningrum Pamungkas

Dakwah bedeutet in etwa soviel wie islamische Mission. Die islamischen Medien sind von zentraler Bedeutung für die Artikulierung von Visionen, welche die politischen Interessen von Wählerinnen und Wählern ansprechen sollen. Das Wachstum der Medien in der Post-Suharto-Ära war ein Ergebnis der Pressefreiheit, die durch Präsident BJ Habibie im Jahr 1999 eingeleitet wurde. Befreit von den Zwängen der früheren staatlichen Zensur und Propaganda, hat sich die gesamte Medienlandschaft, einschließlich der islamischen Pressemedien schnell in Richtung Meinungsvielfalt und Pluralität entwickelt.

Beispiele islamischer Medien in der Suharto-Ära: *Amanah* und *Ummi*:

Das Magazin *Amanah* existiert nicht mehr. Die Zeitschrift hatte die Politik Suhartos, unter anderem in Sachen Familienplanung, unterstützt.

Ummi dagegen hat bis zum heutigen Tage überlebt. Das Magazin lehnte Suhartos Politik ab. *Ummi* stand in Opposition zu Suhartos Familienplanungsprogramm und befürwortete die Polygamie.

In der frühen Reform-Ära erlebten die islamischen Medien ein rasantes Wachstum. Eine islamistische Ausrichtung gewann an Popularität. Trotzdem überlebten nur wenige dieser Medien. Die Zeitschrift *Ummi* ist eines der *Dakwah*-Medien, die aufgrund verschiedener Umstände seit dem Ende des Suharto-Regimes in den späten 90er Jahren bis heute überleben konnten.

Schwerpunkt meiner Forschung ist die Analyse des Wandels der *Ummi* von einem Vehikel zur Bildung und Festigung einer Wählerschaft, die sich in der Suharto-Ära insbesondere aus der *Tarbiyah*-Bewegung generierte, hin zur aktuellen Tendenz der Popularisierung des Salafismus. *Tarbiyah* ist ein Wort aus dem Arabischen und bedeutet soviel wie »Bildung«. Längst ist unter dem Namen *Tarbiyah* eine soziale und politische Bewegung bekannt, welche die *marhalah dakwah* (die *Dakwah*-Strategien) verfolgt. Diese Bewegung entstand in den späten 70er Jahren des letzten Jahrhunderts in Kreisen der *Ikhwanul Muslimin* (in Deutschland landläufig als »Muslimbruderschaft« bekannt; *red.*), welche sich auf die Lehren des Ägypters Hassan al Banna (*1906, hingerichtet 1949) gründete. Die Begriffe *Tarbiyah*, *Dakwah* und *Ikhwani* werden mittlerweile häufig als Synonyme für ein- und dieselbe Bewegung verwendet. Diese stieß aufgrund der von Suharto betriebenen Entpolitisierung der Universitäten in den späten 70er Jahren auf die Sympathie studentischer AktivistInnen an den führenden Hochschulen und hatte dort in den 80er und 90er Jahren viele AnhängerInnen.

Mitte der 80er Jahre wurde die *Tarbiyah*-Bewegung als Teil der StudentInnenbewegung durch die Errichtung des *Lembaga Dakwah Kampus* (LDK; frei übersetzt: Campus-Missionswerk; *red.*) in mehreren führen-

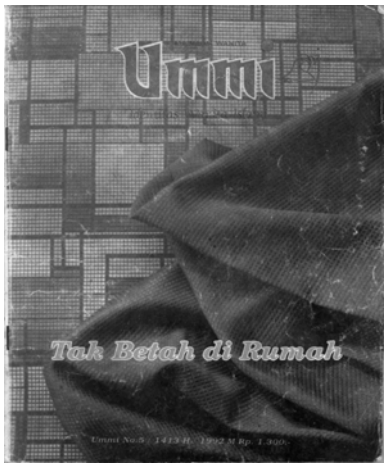
Amanah (Amanah No.173/ 1993)

den staatlichen Universitäten Indonesiens institutionalisiert. Es war auch die LDK, die *Tarbiyah* als ein Instrument des politischen Ungehorsams gegen das Suharto-Regime einführte. Dies erfolgte durch den Aufbau eines Systems geschlossener und miteinander verknüpfter Zellen für die Erziehung im Geist des »Salafismus«. Dieses System nennt sich *halaqoh* – politische Gemeinschaft für die *Tarbiyah*-Mitglieder.

Während des Suharto-Regimes arbeitete die Zeitschrift *Ummi* im Untergrund und erreichte ihre LeserInnen über geschlossene Netze an mehreren führenden staatlichen Hochschulen, die der islamischen StudentInnenorganisationen *»Lembaga Dakwah Kampus«* angegliedert waren.

Ummi ist aus folgenden Gründen ein besonders interessantes Studienobjekt in Bezug auf die steigende Popularität des Islamismus in der Post-Suharto-Ära:

Erstens, die Tatsache, dass *Ummi* als erstes »islamistisches« Medium mit den AnhängerInnen der *Tarbiyah*-Bewegung einen konstanten Markt behaupten konnte. *Ummi* überlebte den politischen Übergang von der Suharto-Zeit *(Neue Ordnung)* bis zur derzeitigen Reform-Ära (Post-Suharto). Der soliden sozialen und politischen *Tarbiyah* Bewegung in der Suharto-Zeit entwachsen, scheint der Fokus nun auf die Aufrechterhaltung dieser Solidarität der Anhängerschaft gerichtet zu sein.



Ummi in Suharto Ära (Ummi No.5/1413 Hijriyah – 1992)

So ist es in meinen Augen nicht verwunderlich, dass die Veröffentlichungen von *Ummi* der letzten zehn Jahre gezielt die »öffentliche Moral« zu ihrem Hauptthema machten, was angesichts der weit verbreiteten Pornografie infolge der nunmehr herrschenden Pressefreiheit ein dankbares Thema darstellt. Auch andere islamische Medien konzentrieren sich auf die sogenannten negativen Auswirkungen der Globalisierung wie Pornografie.

Zweitens, macht die Art und Weise wie *Ummi* sich von anderen »islamischen Medien« in der Suharto-Zeit unterscheidet, dieses Magazin für mich zu etwas Außergewönhlichem. *Ummi* bedeutet »Mutter« und es ist interessant, dass *Ummi* das erste »salafistische« Medium ist, dessen Leserinnenschaft sich aus Anhängerinnen der stark reglementierten *Tarbiyah*-Bewegung und schlecht behandelten Frauen zusammensetzt. Die besondere Aufmerksamkeit auf Frauen entspricht dem islamischen Gedanken, dass »Frauen Säule und Fundament des Islam sind«. Frauen spielen eine wichtige Rolle im Haushalt, im Bildungswesen und vor allem für die Kindererziehung *(vgl. »Kinder, Küche, Kirche«, red.).* Diesbezügliche Veröffentlichungen von *Ummi* während der Suharto-Zeit waren sehr radikal.

Ummi heute/nach Suharto (Ummi special edition, August 2011)

Nach dem 11. September 2001 und den Bombenanschlägen auf Bali im Jahr 2002 setzte sich die Auffassung durch, dass die Idee des *Daulah Islamiyah* (in etwa: Islamstaat) utopisch ist. Man richtete sich daraufhin an moderat reformistischen islamischen Gelehrten, wie zum Beispiel Yusuf Al Qadharawi aus, dessen Gedanken über *Al Islammu wal Fannu* (Islam und die Kunst) großen Einfluss auf die ideologische Ausrichtung von *Ummi* hatten. Der Pop-Stil nahm auch bei *Ummi* Einzug. So zeigt das Titelblatt der Zeitschrift nun schon mal eine schöne Frau mit schickem Kopftuch, obgleich ihr die Abbildung von Frauen früher, insbesondere während der Suharto-Ära, als absolutes Tabu galt.

Die *Dakwah*-Medien konnten in der Post-Suharto-Ära von der Pressefreiheit profitieren. Sie wurden einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich und gewannen neue LeserInnen außerhalb der klassischen Klientel der *Tarbiyah*-Bewegung.

Eine offene Frage ist, ob die wachsende Zahl der *Ummi*-LeserInnen, die nicht der *Tarbiyah*-Bewegung angehören, eine Transformation des Konzepts dieser Zeitschrift befördern wird, welches durch eine stärkere Gewichtung des »Pop-Stils« dann möglicherweise einen breiteren Markt erobern kann. Die Veränderungen der *Ummi* während der letzten 20 Jahre zeigen, mit welcher Dynamik und Anpassungsfähigkeit sich die *Ikhwani*-Ideologie verbreitet. ◆

Arie Setyaningrum Pamungkas ist Doktorandin am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

Ausschussreise ins KaDeWe?

von Alex Flor

Eine mehr als zehnköpfige Delegation des indonesischen Parlaments besuchte Berlin, um sich hier über das »deutsche Ingenieurgesetz« zu informieren. Eine andere Delegation ähnlicher Größe reiste eine Woche später in selbiger Angelegenheit nach London. Watch Indonesia! protestierte.

Der plötzliche Zusammenbruch einer Brücke über den Mahakam in Kalimantan, bei dem im November 2011 mindestens 22 Menschen ums Leben kamen, habe die Notwendigkeit eines indonesischen Ingenieurgesetzes drastisch vor Augen geführt, heißt es. Andere Stimmen sagen, ein Ingenieurgesetz sei notwendig, um in Zeiten zunehmenden Freihandels den Berufsstand indonesischer IngenieurInnen vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Mit welcher Begründung auch immer: das Ingenieurgesetz sei jedenfalls von enormer Bedeutung. Es sei daher absolut wichtig, wenn sich ParlamentarierInnen auf Reisen begeben, um sich in zwei Staaten, die bereits über ein Ingenieurgesetz verfügen, darüber zu informieren.

Besuch beim Deutschen Institut für Normung (DIN)

Foto: PPI

Einer dieser Staaten war Deutschland. Tatsächlich gab es in der BRD 1965 einmal ein Ingenieurgesetz. Dieses wurde allerdings 1969 vom Bundesverfassungsgericht kassiert, weil der Regelungsbereich laut Grundgesetz nicht in die Zuständigkeit des Bundes, sondern vielmehr in die der Länder falle. Deutschland ist ein Föderalstaat und daher eher ungeeignet für bestimmte Vergleichsstudien von Abgeordneten des indonesischen Parlamentes, welches Föderalismus eher als ein Schimpfwort, denn als staatspolitisches Konzept versteht.

In Ersatz des 1969 kassierten Bundesgesetzes haben allen deutschen Bundesländer zwischenzeitlich eigene Ingenieurgesetze verabschiedet. Diese unterscheiden

Nicht alle waren pünktlich

Foto: PPI

sich deutlich in Form und Umfang. Der Wesensgehalt all dieser Landesgesetze ist jedoch weitgehend identisch. Die Ingenieurgesetze der Länder stellen weder eine Anleitung zu guter Ingenieurpraxis dar, noch bestimmen sie technische Richtlinien oder dergleichen. Die Ingenieurgesetze regeln lediglich den Titelschutz der Berufsbezeichnung Ingenieur: wer darf sich so nennen und wer nicht? Unter welchen Umständen werden ausländische Berufsabschlüsse anerkannt? Vergleichbare Vorschriften gibt es für eine Vielzahl von Berufen, vom Handwerksmeister bis zum Heilpraktiker.

Da sich die indonesische Delegation in Brandenburg kundig machten, sei hier beispielhaft das Ingenieurgesetz dieses Landes erwähnt. Es umfasst immerhin 33 Paragraphen. Die Brandenburger haben sich offenbar viel Mühe gegeben. Das entsprechende Gesetz des Landes Berlin kommt mit gerade mal neun Paragraphen auf knappen vier DIN A4-Seiten aus. Ob die Kenntnis dieser neun Paragraphen wohl dazu beitragen kann, künftige Brückeneinstürze in Indonesien zu verhindern?

PPI, PCI NU und Watch Indonesia! legen Protest ein

Der indonesische Studentenverband PPI *(Perhimpunan Pelajar Indonesia),* der islamische Verband *Nadhlatul Ulama* (NU) und *Watch Indonesia!* bezweifelten die

Sinnhaftigkeit der Ausschussreise. Erst im Frühjahr hatten Mitglieder der PPI ParlamentarierInnen eines anderen Ausschusses dabei ertappt, wie sie sich mit Fahrzeugen der indonesischen Botschaft zu Luxuskaufhäusern wie dem *KaDeWe* oder den *Galleries Lafayette* chauffieren ließen, um dort shoppen zu gehen (s. SUARA Nr. 2/2012).

Nicht besser, aber teurer als Jakartas Malls

Foto: Rlbberlin

Die Presse berichtete über andere zweifelhafte Ausschussreisen. So besuchte kürzlich eine indonesische Delegation die Türkei und Dänemark, um sich dort über die Verwendung des Emblems des Roten Kreuzes bzw. des Roten Halbmondes schlau zu machen. Steht der Erkenntnisgewinn solcher Reisen tatsächlich im Verhältnis zu den Reisekosten in Höhe von hunderttausenden Euro, die mal eben der Staatskasse entnommen werden?

PPI, PCI NU und *Watch Indonesia!* forderten in einer gemeinsamen Presseerklärung die Reisepläne offenzulegen, die damit verbundenen Kosten transparent zu machen und den Nachweis des Erkenntnisgewinns aus diesen Reisen zu führen. Die Organisationen lehnen Parlamentarierreisen nicht grundsätzlich ab – im Gegenteil. Gegenseitige Besuche und Informationsaustausch sind ein wichtiger Baustein im Fundament guter bi- und multilateraler Beziehungen. Zweifel bestehen allerdings an der Priorität bestimmter Reisevorhaben sowie vor allem an deren Effizienz und Effektivität. Würden nicht maximal vier Abgeordnete pro Ausschussreise genügen? Und wäre es nicht nur kostensparend, sondern auch bezüglich des zu erwartenden Erkenntnisgewinns sinnvoll eine Delegation, die schon in Berlin ist, eine Flugstunde weiter nach London zu befördern, anstatt eine weitere ca. 10-köpfige Delegation von Jakarta aus dort einfliegen zu lassen?

2,3 Mrd. Rupiah (ca. 180.000,- €) soll der Ausschuss hierfür an Reisekosten ausgegeben haben. Diese Summe entspricht in etwa dem Jahreseinkommen von 380 der absolut Armen Indonesiens, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen.

Kritik an der Reise schlägt Wellen

Nahezu alle Print- und elektronischen Medien Indonesiens berichteten über die Protestnote der Berliner Organisationen. Mehr als zwei Wochen lang beschäftigte das Thema Politik und Öffentlichkeit. Parlamentspräsident Marzuki Alie wurde im Fernsehen interviewt. Da er substanziell wenig zu sagen hatte, nahm er die Gelegenheit wahr, um indonesische Studentinnen und Studenten im Ausland zu beleidigen, die ja schließlich auch Devisen in fernen Länder ausgeben würden.

Marzuki selbst studierte in Malaysia. Und viele StudentInnen in Berlin finanzieren ihr Studium selbst, indem sie nebenher arbeiten. Nicht wenige senden sogar regelmäßig Geld an ihre Familien zu Hause. Im Fernsehinterview berief sich Marzuki auf Informationen seines in Berlin studierenden »Adoptivkindes« *(anak angkat).* Dieser Informant wollte seine gegenüber *Watch Indonesia!* abgegebenen Kommentare bezüglich der Äußerungen seines Mäzens letztlich lieber nicht in der Presse zitiert sehen.

Andere zum Thema interviewte Politiker bemühten sich, die unprofessionelle Übersetzung und andere offenkundige Organisationsmängel der Ausschussreise der Indonesischen Botschaft in Berlin anzulasten. In ähnlicher Weise wurden zahlreiche weitere Nebenkriegsschauplätze eröffnet, die letztlich nur bezwecken sollten, die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Skandal abzulenken.

Es gilt daher, auch die nächste indonesische Parlamentarierreise nach Berlin zu beobachten und kritisch zu kommentieren. ◆

Möge die Macht mit uns sein!

Aceh nach den Gouverneurswahlen 2012

von Gunnar Stange

Fünf Monate sind seit dem Amtsantritt von Acehs neuem Gouverneur Zaini Abdullah und seinem Vize Muzakkir Manaf am 25. Juni 2012 vergangen. Sie hatten sich als Kandidaten der Aceh-Partei, dem politischen Vehikel der ehemaligen Unabhängigkeitsbewegung GAM, im April dieses Jahres bei Acehs zweiten Gouverneurswahlen nach dem Friedensschluss 2005 mit fast 56 Prozent Stimmenanteil durchgesetzt. Die Blockadesituation zwischen dem ehemaligem Gouverneur Irwandi Yusuf und dem von der Aceh-Partei dominierten Parlament ist somit überwunden. Sachpolitische Akzente seitens der neuen Regierung sind derweil jedoch nicht zu vermelden.

Bei der diesjährigen Gouverneurswahl in Jakarta waren es schlagende Argumente im (übertragenen) Sinne guter Regierungsführung, die einen überraschenden Wahlsieg Joko Widodos und Basuki Tjahja Purnamas ermöglichten *(s.S. 3)*. In der Provinz Aceh wiederum verhalfen schlagende Argumente buchstäblicher Art Zaini Abdullah und Muzakkir Manaf, kurz »*Zikir*« (Koranrezitation), am neunten April dieses Jahres zu einem ebenso klaren wie kontroversen Wahlsieg. Die Wahlen fanden nach wiederholtem Aufschub mit sechsmonatiger Verspätung statt, da die Aceh-Partei zunächst mit allen erdenklichen wie unerdenklichen Mitteln versucht hatte, eine parteiunabhängige Kandidatur und mögliche Wiederwahl des in der Aceh-Partei in Ungnade gefallenen ehemaligen Gouverneurs Irwandi Yusuf zu verhindern. Letztlich stimmte die Aceh-Partei der Zulassung parteiunabhängiger Kandidaten zwar zu, setzte aber alles daran, die Wahlen so weit wie möglich über das Ende der Amtszeit Irwandis im Februar 2012 hinaus zu verschieben, um ihm den Vorteil des Amtsinhabers zu nehmen. Und dies mit Erfolg. (*s. SUARA 1/2012, S.11-15*)

Der vorliegende Artikel beschäftigt sich mit dem Verlauf und den Ergebnissen der zweiten Gouverneurs-, Landrats- und Bürgermeisterwahlen in Aceh seit Beginn des Friedensprozesses. Die hier präsentierten Einschätzungen basieren unter anderem auf Gesprächen und Beobachtungen des Autors in Banda Aceh im Oktober und November 2012. Der Beitrag folgt der These, dass die Wähler Acehs in erster Linie für Frieden und Sicherheit votierten, nicht aber für den Glauben an die blühenden Landschaften, welche ihnen alle Kandidaten versprochen hatten.

Wahlgang und Wahlergebnisse

Am neunten April dieses Jahres waren über drei Millionen Wahlberechtigte in Aceh zur Wahl des Gouverneurs und Vizegouverneurs aufgerufen. In 17 der insgesamt 23 Distrikte und Städte der Provinz wurden zudem Direktwahlwahlen zu Landräten und Bürgermeistern abgehalten. Mit einer Wahlbeteiligung von durchschnittlich 75 Prozent scheinen die Wahlen auf den ersten Blick solide legitimiert. Dennoch ergibt sich bei näherem Vergleich der Wahlbeteiligung in den überwiegend ländlichen Regionen Acehs und den größeren Städten ein konträres Bild. Während beispielsweise in den bevölkerungsreichsten Distrikten entlang der Ostküste Acehs zwischen 80 und 90 Prozent der Wahlberechtigten die Wahlurnen aufsuchten, stimmte in Acehs Hauptstadt Banda Aceh, dem politischen und intellektuellen Zentrum der Provinz, jeder Zweite mit den Füßen ab und ging nicht zur Wahl. Wer in Banda Aceh im Gouverneursbüro residiert, wird nicht in den Städten, sondern auf dem Land entschieden, wo mehr als 70 Prozent der Bevölkerung leben. Hintergrund der geringen städtischen Wahlbeteiligung ist, wie dem Autor in vielen Gesprächen in Banda Aceh versichert wurde, die Ohnmacht der dort lebenden, besser gebildeten Bevölkerung gegenüber dieser Tatsache. Darüber hinaus fällt es der Aceh-Partei in den bevölkerungsreichen ländlichen Gegenden, insbesondere entlang der Ostküste, aufgrund ihrer bis auf Dorfebene bestehenden Territorialstruktur leichter, Wähler zu mobilisieren.

Insgesamt stellten sich fünf Kandidatenpaare zur Wahl des Gouverneurs- und Vizegouverneurs (s. Tab. 1). Erwartungsgemäß waren es alleinig die zwei Kandidatenpaare aus den Reihen der ehemaligen GAM, die realistische Wahlchancen hatten: die von der Aceh-Partei aufgestellten Zaini Abdullah und Muzakkir Manaf sowie der als parteiunabhängig angetretene Irwandi Yusuf und sein Vizekandidat Muhyan Yunan. Zaini Abdullah bekleidete während der Zeit des bewaffneten Konfliktes die Kabinettspositionen des Außen- und Gesundheitsministers in der GAM-Exilregierung in Schweden und ist heute einer der drei verbliebenen Führer der Aceh-Partei im alles entscheidenden Viererrat (*tuha peut*) der Partei. Muzakkir Manaf war der letzte Oberkommandierende (*panglima besar*) des GAM-Militärs und ist heute in Personalunion nominieller Vorsitzender der Aceh-Partei und machtvoller »Führer« des Aceh-Übergangskomitees (*Komitee Peralihan Aceh*, KPA), der Nachfolgeorganisation des GAM-Militärs TNA (*Teuntara Neugara Acheh*). Irwandi Yusuf bekleidete während der letzten Phase des Konfliktes die Position eines Sprechers und politischen wie militärischen Strategen der GAM. Sein Vizekandidat Muhyan Yunan ist ehemaliger Leiter des Hoch- und Tiefbauamtes der Provinz Aceh, der über hervorragende Kontakte ins indonesische Militär verfügt und aus den politisch unterrepräsentierten und tendenziell pro-indonesischen Bergregionen Acehs stammt. Insgesamt vereinten beide Kandidatenpaare fast 85 Prozent der Wählerstimmen auf sich. Im ersten Wahlbeobachtungsbericht des *Asian Networks for Free and Fair Eelctions* (ANFREL) heißt es dazu: »... the election has been reduced to a zero sum game between the two main protagonists.«[1]

Tab. 1: Wahlergebnisse der Gouverneurswahlen

	Gouverneurs-/ Vizegouverneurskandidaten	Stimmenanteil
1.	H. Zaini Abdullah/ Muzakir Manaf (Aceh-Partei)	55.78%
2.	Irwandi Yusuf/ Muhyan Yunan (parteiunabhängig)	29.18%
3.	H. Muhammad Nazar/ Ir. Nova Iriansyah (Koalition PD, PPP, Partai SIRA)	7.65%
4.	Darni M. Daud/ Ahmad Fauzi (parteiunabhängig)	4.07%
5.	H. Ahmad Tajuddin/ Ir. H. Teuku Suriansyah, M. Si (parteiunabhängig)	3.33%

Zaini und Muzakkir gewannen in 14 der 23 Distrikte und freien Städte entlang der Ost- und Westküste. Irwandi und Muhyan punkteten wiederum vor allem in den urbanen Regionen und entschieden die Wahlen in den verbleibenden neun Distrikten und freien Städten für sich. Mit Ausnahme eines Distriktes (Gayo Lues) stimmte das ethnisch diverse und tendenziell der GAM gegenüber kritisch eingestellte Hochland ausnahmslos für den ehemaligen Gouverneur.

Kandidaten der Aceh-Partei entschieden zudem die Wahlen zu den Landräten und Bürgermeistern in den fünf Distrikten entlang der Ostküste und der Stadt Lhokseumawe für sich. Diese Region gilt als ehemaliges Kernland der GAM, wo die Kommandostruktur des Aceh-Übergangskomitees nach wie vor straff organisiert und funktionsfähig ist. In zwei weiteren Distrikten an der Westküste und den Städten Sabang auf der Insel Weh vor Banda Aceh sowie Langsa in Ostaceh setzten sich von der Aceh-Partei aufgestellte Kandidaten im zweiten Wahlgang durch, da die für einen Wahlsieg erforderlichen 30 Prozent der Stimmen durch kein Kandidatenpaar auf Anhieb erreicht werden konnten. Erwartungsgemäß konnte die Aceh-Partei im Hochland Acehs keine lokalen Wahlerfolge verbuchen. Insgesamt gewannen sieben Kandidatenpaare, welche durch Koalitionen aus national organisierten Parteien ins Rennen geschickt worden waren, in der Provinzhauptstadt Banda Aceh, den Distrikten des Hochlands und an der Westküste.

Laut ANFREL, welches das größte internationale Wahlbeobachterkontingent vor Ort gestellt hatte, verlief der Wahltag selbst relativ friedlich. Dies ganz im Gegensatz zu dem halbjährigen Ringen um einen Wahltermin, das 13 Menschenleben und viele Verletzte gefordert hatte. Auch die Zeit der offenen Wahlkampagne war von gewalttätigen Übergriffen und Regelverstößen geprägt. Die Wahlaufsichtsbehörde Acehs (*Panitia Pengawas Pemilu*) registrierte insgesamt 123 Verstöße in der Zeit der Wahlkampfperiode zwischen dem 22. März und dem 5. April bis zur Verkündigung des vorläufigen Endergebnisses durch die Wahlkommission Acehs (*Komisi Independen Pemilihan*, KIP Aceh) am 17. April. Die NRO-Koalition *Forum LSM* und das unabhängige Forschungsinstitut *Aceh Institute* berichteten für den Zeitraum vom 12. März bis 15. April insgesamt 77 gewalttätige Vorfälle im Zusammenhang mit den Wahlen.[2] Obgleich die überwiegende Mehrzahl dieser Vorfälle von Unterstützern und Mitgliedern der Aceh-Partei ausgegangen zu sein scheinen, war auch diese von Übergriffen gegen eigene Kandidaten, Wahlkämpfer, Autos und Büroräume betroffen.

Irwandi Yusuf und Muhyan Yuhnan reichten nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses Beschwerde beim indonesischen Verfassungsgericht wegen Wahlkampfvergehens durch die Aceh-Partei ein und fochten das Wahlergebnis an. Die Beschwerde wurde Anfang Mai jedoch zurückgewiesen. Aus Sicht des Verfassungsgerichtes war es zwar zu Verstößen seitens Mitgliedern und Unterstützern der Aceh-Partei gekommen, jedoch sei dies sporadisch und ohne eine allgemein leitende Absicht geschehen. Des Weiteren merkte das Verfas-

sungsgericht an, dass zu Wahl entscheidenden Manipulationen ohnehin nur ehemalige Amtsinhaber und Staatsbedienstete in der Lage wären, da diese die staatlichen Strukturen zu ihrem Vorteil nutzen könnten.[3] Insgesamt reichten aus fast allen 17 Distrikten und freien Städten Kandidaten Beschwerden wegen Wahlbetrugs und Wahlvergehen beim Verfassungsgericht ein, welche allesamt abgeschmettert wurden.[4]

Zaini Abdullah und Muzakkir Manaf während der offiziellen Vereidigung zum Gouverneur und Vizegouverneur Acehs für den Zeitraum 2012-2017 durch Innenminister Gumawan Fauzi.

Foto: acehimage.com

In den Hochlanddistrikten Zentralaceh und Gayo Lues kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen den Unterstützern der unterschiedlichen Kandidatenpaare, welche erst durch den Einsatz der Mobilen Brigade (*Brimob*) der indonesischen Polizei beendet werden konnten. In Gayo Lues brannte gar das Büro der Wahlbehörde. Nach monatelangen Auseinandersetzungen bestätigte das indonesische Innenministerium letztlich die offiziellen Wahlsieger. Dennoch weigert sich der nun amtierende Gouverneur Zaini Abdullah bis heute mit Hinweis auf die Sicherheitssituation den neuen Landrat von Zentralaceh, das seit nunmehr sieben Monaten politisch führungslos ist, zu vereidigen. Eine von derzeit vielen Machtproben zwischen Jakarta und Acehs neuer Regierung.

Krieg oder Unabhängigkeit: Erklärungsansätze für den Wahlausgang

Vier Faktoren waren entscheidend für den Wahlsieg der Aceh-Partei. Erstens hatte die mehr als sechsmonatige Verschiebung der Wahlen diejenigen Kandidaten, welche bereits seit Oktober 2011 aktiven Wahlkampf betrieben hatten, finanziell derart ausgelaugt, dass ihre Mittel zum Zeitpunkt der offenen Kampagne weitgehend erschöpft waren.[5] Dies bedeutete einen strategischen Vorteil für die Aceh-Partei, die sich mit Wahlkampfaktivitäten bis zur Registrierung ihrer Kandidaten Mitte Februar 2012 weitgehend zurückgehalten hatte.

Zweitens waren die tragischen Entwicklungen im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung zwischen Aceh-Partei und indonesischem Innenministerium bezüglich der Zulassung unabhängiger Kandidaten eine deutliche Warnung an das Wahlvolk Acehs, dass die Aceh-Partei eine Wahlniederlage nicht ohne Weiteres akzeptieren würde. Tatsächlich hatten prominente Vertreter der Partei, wie beispielsweise der ehemalige Parteisprecher und derzeitige Parlamentsabgeordnete Adnan Beuransyah, bereits seit Mitte 2011 öffentlich davor gewarnt, dass die Sicherheit in Aceh nicht würde garantiert werden können, sollten die politischen Entwicklungen der Aceh-Partei zum Nachteil gereichen. Interessanterweise wurde mit Ayah Banta alias Vikram kurz nach den Wahlen der maßgeblich Hauptverantwortliche für die Ermordung von zwölf javanischen Arbeitern Ende 2011 und ein geplantes Bombenattentat auf Irwandi Yusuf verhaftet. Er ist ein ehemaliger Kämpfer der GAM und Mitglied der Aceh-Partei in Nord-Aceh. Während des ersten Verhandlungstages vor Gericht gab er an, das Motiv für seine Taten sei die Enttäuschung durch den ehemaligen Gouverneur Irwandi Yusuf gewesen, der sich nicht ausreichend für die Belange ehemaliger Kämpfer eingesetzt hätte. Er bestritt auf Anweisung Dritter gehandelt zu haben. In Aceh hält sich indes hartnäckig das kaum verifizierbare Gerücht, dass Zakaria Saman, der ehemalige Chefwaffenlieferant der GAM und Mitglied im Viererrat der Aceh-Partei, die Morde in Auftrag gegeben hat. Vor diesem Hintergrund fielen die von vielen Seiten berichteten Einschüchterungsversuche seitens der Aceh-Partei auf durchaus fruchtbaren Boden.

Drittens ist die Übermacht der Aceh-Partei in den Parlamenten ein deutliches Zeichen ihrer politischen Stärke und damit auch ihrer Zugriffsmöglichkeiten auf öffentliche Mittel. Allein durch das Instrument der sogenannten »Aspirationsmittel« (*dana aspirasi*), welche die Parlamentarier im Regionalparlament und den Lokalparlamenten direkt über die verschiedenen Dezernate für Projekte zuweisen können, entsteht eine Verteilungsmacht, derer sich die Menschen in Aceh durchaus bewusst sind. Die Transparenz der Wahlergebnisse bis auf die Dorfebene ermöglicht es dementsprechend den

Parlamentariern, durch Zuweisung oder Zurückhaltung von Entwicklungsmitteln ganze Regionen für ihr Wahlverhalten zu belohnen oder aber zu bestrafen. Auch wenn die indonesische Antikorruptionsbehörde dieses Finanzinstrument erst vor kurzem als äußerst korruptionsanfällig gegeißelt hat,[6] sieht es derzeit nicht danach aus, dass die Aceh-Partei diese selbstgeschaffene finanzpolitische »Steuerungsinstrument« abzuschaffen gedenkt.

Viertens scheinen haltlose Wahlversprechen eines der Erfolgsgeheimnisse der Aceh-Partei im Wahlkampf gewesen zu sein. So versprachen Zaini Abdullah und Muzakkir Manaf für den Fall eines Wahlsieges eine Einmalzahlung von circa 80 Euro für jede Familie Acehs. Bei einer geschätzten Anzahl von einer Million Familien in der gesamten Provinz entspräche dies einer aus dem Provinzbudget zu finanzierenden Summe von circa 80 Millionen Euro, circa zehn Prozent des diesjährigen öffentlichen Haushalts der Provinz. Ob dieses Wahlversprechen tatsächlich eingelöst werden wird, bleibt abzuwarten. Inoffiziellen Kommentaren aus dem Führungskreis der Partei zufolge, ist damit jedoch kaum zu rechnen. Darüber hinaus zirkulierten während des Wahlkampfes SMS und Flugblätter, welche eine Unabhängigkeit Acehs von Indonesien in den ersten drei Monaten der Amtszeit von »Zikir« ankündigten, was seitens der Aceh-Partei als Feindpropaganda abgetan wird. Anderen Quellen zufolge sollen die Wahlkämpfer der Aceh-Partei in entlegenen Gegenden entlang der Ostküste dies sogar in Wahlkampfreden bekräftigt haben. Wie stark das »Unabhängigkeitssentiment« selbst innerhalb von Studentenkreisen in Aceh nach wie vor verbreitet ist, wurde während einer öffentlichen Debatte zum Gesetzentwurf zu Acehs Flagge und Emblem auf dem Campus der Syiah-Kuala-Universität in Banda Aceh Ende November dieses Jahres offenbar. Nachdem ein circa achtzigjähriger ehemaliger Aktivist der Darul Islam und der GAM eine glühende Rede gegen Indonesien und für die Unabhängigkeit Acehs gehalten hatte, begannen Dutzende Studenten ihre Fäuste zu recken und »Merdeka« (Freiheit/Unabhängigkeit) zu rufen. Ein Pfund also, mit dem in Aceh nach wie vor erfolgreich gewuchert werden kann.

Fazit und Ausblick

Vieles erinnert in Aceh derzeit an die Regierungszeit Suhartos und die absolute Vorherrschaft seiner Golkar-Partei bis 1998. Sicher wird niemand erwarten, dass eine militärisch organisierte Widerstands- bzw. Unabhängigkeitsbewegung über Nacht lupenreines demokratisches Gebaren an den Tag legt. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass es gerade autoritäre und weitgehend rechtsfreie Militärherrschaft und politische Unterdrückung seitens Jakartas waren, die maßgeblich zu einer flächendeckenden Unterstützung der GAM und ihrem Anwachsen zu einer Massenbewegung beigetragen haben. Legitimationsschwache Herrschaft hat in Aceh in den letzten 130 Jahren immer wieder zum Ausbruch bewaffneter Konflikte geführt. Aus historischer Perspektive spricht demnach einiges dafür, dass der Frieden in Indonesiens nordwestlichster Provinz unter den derzeitigen politischen Bedingungen längst nicht als nachhaltig gelten kann.

Der neue Vorsitzende der Nationalpartei Acehs (Partai Nasional Aceh, PNA) Muksalmina alias Irwansyah (Mitte) auf einer Pressekonferenz anlässlich der Registrierung der Partei beim Justizministerium am 24. April 2012 in Banda Aceh.

Foto: acehkita.com

Bisher haben die Absenz eines neuen charismatischen Führers und ideologische Alternativlosigkeit Schlimmeres verhindert. Dennoch ist mit der bisher eher virtuellen Wiederbelebung der ASNLF (*Acheh/Sumatra National Liberation Front)*[7] und deren erneuter Registrierung bei der UNPO (*Unrepresentend Nations*

and Peoples Organization) durch den ehemaligen ACHSO-Mitbegründer (*Acheh Solidarity*) Ariffadhillah, der in Eisenach lebt, erneut der Kampf um Acehs Unabhängigkeit auf internationaler Ebene ausgerufen worden, wenn auch unter dem Paradigma des Gewaltverzichts. Ob dies allerdings auch so bleiben wird, muss sich zeigen.

Die Formierung der Nationalpartei Acehs (*Partai Nasional Aceh*, PNA) durch Teile der ehemaligen Unabhängigkeitsbewegung, die sich durch die Aceh-Partei nicht länger repräsentiert fühlen und Irwandi Yusuf im Wahlkampf unterstützten, muss andererseits als eine deutliche Absage an die Möglichkeit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes gedeutet werden. Sie ist eine klare Antwort auf die verlorene Wahl Irwandi Yusufs und kann als Lektion dahingehend gewertet werden, dass in Aceh, wie auch im Rest Indonesiens, Wahlen ohne einen entsprechenden territorial organisierten institutionellen Unterbau nicht gewonnen werden können. Die Gründung der PNA ist aus Sicht des Autors ein positives Signal für politisch institutionalisierte Verfahren der Konfliktaustragung und die Konsolidierung von Acehs Friedensordnung.

Wahl 2006

Foto: ANFREL

Gleichzeitig verschärft sich die Kritik an dem exklusiven und in Aceh häufig als feudal (*fedal*) bezeichneten Politikstil der Aceh-Partei, welche eine Rückwärtsgewandtheit repräsentiert, die jegliches moralisches Kapital aus dem bewaffneten Kampf gegen Indonesien ableitet. Dies wird der ersehnten sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Acehs zukünftig weiter entgegen stehen. Das oft und von allen Seiten beschworene »Neue Aceh« (*Aceh baru*) kann nur nach vorn und nicht rückwärts gedacht werden. Derzeit scheint es der Aceh-Partei vordergründig um die Erlangung und Erhaltung politischer Macht und den Zugang zu staatlichen Ressourcen zu gehen, die sie benötigt, um ihre politische Maschine am Leben zu erhalten. Das ihr durch die Wahlergebnisse der letzten Jahre zugesprochene und gleichermaßen selbstauferlegte Mandat, Politik im Sinne der Menschen Acehs und einer nachhaltigen Verbesserung ihrer Lebenssituation zu betreiben, wird die Partei auf dem derzeit eingeschlagenen Wege nicht erfüllen können. Es bleibt festzuhalten, dass die Wahrung des Friedens über die vergangenen sieben Jahren als zentrale Leistung der GAM gewürdigt werden muss. Um diesen Frieden jedoch langfristig sichern zu können, bedarf es politischer Impulse seitens der Zivilgesellschaft Acehs und seines politischen Establishments, die sich gezielt der Bearbeitung der Konfliktursachen widmen, sowohl im sozioökonomischen als auch im menschenrechtlichen Sinne. ♦

1 ANFREL (Asian Network for Free and Fair Elections) (2012): International Election Observation Mission Aceh Local Elections: Gubernatorial, Mayoral, & Head of Regency Elections 2012 - Interim Report, 03.05. 2012. Online: http://anfrel.org/anfrel-interim-report-on-the-aceh-local-elections-gubernatorial-mayoral-head-of-regency-elections-2012/ (15.05.2012), S. 2.
2 Vgl. ANFREL (Asian Network for Free and Fair Elections) (2012): Aceh 2012 Local Elections. Elections Observation Mission Report Aceh Gubernatorial, Mayoral and Head of Regency Election 2012. Online: http://anfrel.org/wp-content/uploads/2012/11/Aceh-Mission-Findings-report.pdf (28.11.2012), S. 33.
3 Vgl. Mahkamah Konstitusi Republik Indonesia (2012): Putusan Nomor 22/PHPU.D-X/2012. Jakarta, S. 90.
4 Siehe hierzu die Urteilsbegründungen auf der Internetseite des indonesischen Verfassungsgerichtes: http://www.mahkamahkonstitusi.go.id/index.php?page=web.Putusan&id=1&kat=1 (25.11.2012).
5 Irwandi Yusuf soll aufgrund der Kosten seiner Wahlkampfkampagne privat mittlerweile hoch verschuldet sein. (Gespräch mit einem engen Vertrauten Irwandis am 22.11.2012 in Banda Aceh.)
6 Vgl. Serambi Indonesia (2012): KPK: Dana Aspirasi Dewan Mempermudah Korupsi, 14.11.2012, online: http://aceh.tribunnews.com/2012/11/14/kpk-dana-aspirasi-dewan-mempermudah-korupsi (15.11.2012).
7 Siehe hierzu die wiederbelebte Webseite der ASNLF (http://www.asnlf.org/), auf welcher der Vorsitzende des Präsidiums der ASNLF Ariffadhillah in monatlichen Abständen Presseerklärungen veröffentlicht.

Gunnar Stange ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ethnologie, Goethe-Universität Frankfurt am Main

Besuchsreise von Markus Haluk, Yahamak

von Alex Flor und Monika Schlicher

In Papua wächst die Verzweiflung, denn in jüngster Zeit hat sich die Menschenrechtslage weiter verschlechtert, berichtet Markus Haluk, Direktor der Menschenrechtsorganisation *Yahamak* (*Yayasan Hak Asasi Manusia Anti Kekerasan*, Stiftung für Menschenrechte und Gewaltfreiheit). Drohungen und Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger, willkürliche Festnahmen, Folter und außergerichtliche Tötungen sowie Verletzungen der Rede- und Meinungsfreiheit durch die Sicherheitskräfte seien an der Tagesordnung. »Dein Leben liegt in Gottes Hand«, heiße es in vielen Ländern und Sprachen. In Papua aber müsse es heißen: »Dein Leben liegt in der Hand der indonesischen Sicherheitskräfte«, beklagte Markus Haluk.

Foto: Marianne Klute

Es gebe keinen Freiraum, seine Meinung zu äußern, selbst Pfarrer würden als Separatisten gebrandmarkt. Wer sich offen für die Rechte der Papua ausspricht, habe sich sogar wegen Terrorismus oder Staatsstreiches zu verantworten, empört sich Haluk. Zuwanderer aus anderen Regionen Indonesiens drängen die indigenen Papua immer weiter zurück und lassen sie zu einer Minderheit im eigenen Lande werden. Kulturelle, religiöse und wirtschaftliche Marginalisierung der Papua seien die Folge dieser demografischen Entwicklung. »Indonesien ist ein demokratischer Staat«, so Haluk, »mit Ausnahme Papuas.«

Eine Zukunft für die Papua gebe es nur, wenn der Konflikt auf friedliche Weise gelöst werde. Diesem Ziel hat sich das Friedensnetzwerk *Jaringan Damai Papua* (JDP) verschrieben, welches sich für einen Dialog zwischen Papua und der Regierung in Jakarta einsetzt. Trotz einer Zusicherung von Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) zum letzten Jahreswechsel erfolgten bislang seitens Jakartas keine weiteren Schritte. Es gebe dort viele unterschiedliche Interessen, meint Haluk.

Er begrüßte die jüngsten Proteste gegen deutsche Waffenlieferungen nach Indonesien. Durch solche Geschäfte werde Indonesien bescheinigt, ein demokratischer Staat zu sein, welcher die Menschenrechte achtet. Die EU wurde gerade mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Ein so gewichtiges Mitglied der EU wie Deutschland sollte keine Waffen an diejenigen liefern, »die uns töten«.

Gleichwohl dankte Markus Haluk der Bundesregierung für ihr engagiertes Eintreten beim *Universal Periodic Review* zu Indonesien vor dem Menschenrechtsrat der UN in Genf im Mai dieses Jahres *(s. SUARA 2/2012).* Er wollte aber nicht ausschließen, dass ein unmittelbar darauf erfolgtes Attentat auf einen deutschen Touristen in Jayapura in Zusammenhang mit dieser beherzten Kritik Deutschlands zu sehen sei.

Markus Haluk war vom 25.10. bis zum 16.11.2012, in Deutschland zu Gast. Das *West Papua-Netzwerk* (WPN) und *Watch Indonesia!* koordinierten seine Ter-

mine. Gemeinsam mit Dr. Siegfried Zöllner und Norman Voß (WPN) begleitete Monika Schlicher ihn zum Auswärtigen Amt und zur Konrad Adenauer Stiftung. Weitere Lobbytermine hatte Markus Haluk bei *Brot für die Welt/EED*, der Partei *Die Linke* und bei der *Heinrich Böll Stiftung*.

Alex Flor begleitete ihn zum Interview mit Sven Hansen, *taz*, der die Kritik von Markus Haluk zu Waffenlieferungen nach Indonesien in einem Beitrag vom 30.10.2012 (Indonesien: Jakarta will sogar 130 »Leopard 2«-Panzer bestellen. Dementi von Krauss-Maffei Wegmann) aufnahm. Am 29.10.2012 hatten wir in Zusammenarbeit mit dem WPN zu einer Diskussion über »Die aktuelle Menschenrechtslage in Papua« im Büro von *Watch Indonesia!* eingeladen. Mit 17 Teilnehmenden, die rege diskutierten, war die Veranstaltung sehr gut besucht.

Eine erste greifbare Wirkung dieser Veranstaltung war die daraus folgende Einladung durch die *Gossner Mission* an Markus Haluk und Alex Flor zur feierlichen Begehung des 150. Todestages von Carl Wilhelm Ottow in Luckenwalde bei Berlin am 10./11.11.2012.

Carl Wilhelm Ottow aus Luckenwalde und Johann Gottlob Geißler aus Langenreichenbach (Sachsen) waren die beiden ersten deutschen Missionare, die im Auftrag der *Gossner Mission* 1855 Papua erreichten. Helga Ottow, eine angeheiratete Nachfahrin des Missionars, gab im Rahmen der Gedenkfeier einen lebendigen und differenzierten Abriss über das Leben und Wirken C.W. Ottows und seiner Frau Auguste Wilhelmine, geb. Letz - zwei Leben nicht ohne Brüche.

Norman Voß, Alex Flor und Markus Haluk in Luckenwalde

Foto: Helga Ottow

Es soll an dieser Stelle nicht verheimlicht werden, dass *Watch Indonesia!* im Vorlauf dieser Veranstaltung zum Teil heftiger Kritik ausgesetzt war. War die christliche Mission in Papua Fluch oder Segen? Man darf darüber durchaus geteilter Meinung sein. Erfreulich ist aus unserer Sicht, dass diese Diskussion mittlerweile in einigen Missionsgesellschaften selbst Fuß gefasst hat.

War der Verweis auf die »Kannibalen« Papuas, mit welchen die ersten Missionare konfrontiert waren, im Einladungstext zur Gedenkveranstaltung in Luckenwalde politisch korrekt? Nein, sicher nicht!

Im Rahmen der abschließenden Podiumsdiskussion der Gedenkveranstaltung machte Alex Flor mit deutlichen Worten darauf aufmerksam, dass eine solche Wortwahl heutzutage von vielen nur als sensationsheischend, rückwärtsgewandt und paternalistisch empfunden wird.

Auch Markus Haluk zeigte sich über diese Wortwahl unglücklich: im persönlichen Gespräch stellte er angebliche Fälle von Kannibalismus in jüngerer Zeit in eine Reihe von Vorwürfen des Terrorismus: Stigmata, die den indonesischen Machthabenden jederzeit als Vorwand dienten, um gegen indigene Papua entschlossen vorzugehen.

Abseits solcher Differenzen darf die Gedenkfeier an C.W. Ottow in Luckenwalde jedoch als voller Erfolg gebucht werden: zahlreiche Nachfahren Ottows, die aus den Niederlanden angereist waren, sowie VertreterInnen der Stadt Luckenwalde bekamen nicht zuletzt durch Markus Haluks Schilderungen einen Eindruck über die dortige Menschenrechtslage.

»Man bekommt ja in diesem Amt viele seltsame Besuche«, bekannte die Bürgermeisterin von Luckenwalde beim abendlichen Empfang. »Aber das erste Gespräch über die Geschichte eines Missionars in Papua gehörte für mich zunächst zu den mehr als seltsamen Anliegen«. Die Bürgermeisterin ließ sich überzeugen und entdeckte, dass Ottow aus Luckenwalde ein Stück Weltgeschichte mitgeprägt hat. Berühmte Söhne und Töchter sind wichtig für die Identitätsfindung dieser Kleinstadt in Brandenburg. Markus Haluk, der gerade erst beim Besuch in der *taz*-Redaktion zum ersten Mal von Rudi Dutschke gehört hatte, war beeindruckt, dass auch Dutschke aus Luckenwalde stammte.

In der historischen Kirche, die schon Ottow regelmäßig besucht hatte und vor deren Eingang heute eine Gedenktafel eingelassen ist, fand am Sonntag ein gut besuchter Gedenkgottesdienst statt. Für Markus Haluk war es eine besondere Ehre, auf die Kanzel gebeten zu werden, um eine Botschaft an die Gemeinde zu richten: »Von dem Gedanken getrieben, damit etwas Gutes zu tun, reiste Ottow vor mehr als 150 Jahren nach Papua. Heute bekennen sich dort mehr als eine Million Menschen als Söhne und Töchter Ottows. Aber sein Werk ist bis heute nicht vollendet. Die Menschen in Papua werden zur Minderheit im eigenen Land, sie erleben Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen. Wir brauchen mehr denn je Ihre Hilfe, um die guten Absichten Ottows Wirklichkeit werden zu lassen!« ◆

Pepsi Cola hat keinen »grünen Punkt«

von Alex Flor

Umwelttechnik und -management Indonesiens können mit Konsum, Wachstum und technischen Neuerungen von Produkten nicht Schritt halten. Von Großkonzernen, Plastikflaschen und Müllsammlern.

Mehr als 20 Jahre ist es her, dass Watch Indonesia! deutsche Plastikmüllexporte nach Indonesien anprangerte. Umweltminister Töpfer hatte seinerzeit den »grünen Punkt«, ein Label auf Produktverpackungen eingeführt. Verbraucher sind seither gehalten, ihren mit dem »grünen Punkt« versehenen Verpackungsmüll über ein neues Sammelsystem (gelbe Tonne/gelber Sack) zu entsorgen. Die darin gesammelten Wertstoffe sollen der Wiederverwertung zugeführt werden. Allerdings, wie die Indonesien-Information, Vorgängerin des Magazins SUARA, in der Ausgabe vom September 1992 berichtete, gab es in Deutschland damals gar nicht genügend Recyclingkapazitäten. Auch tat man sich schwer, verschiedene Kunststoffsorten wie Polyethylen (PE), Polypropylen (PP) und das gerade erst auf den Markt gekommene Polyethylenterephtalat (PET) halbwegs sauber voneinander zu trennen. Die Technologie war noch nicht so weit. Für gemischte Kunststoffe jedoch gab es kaum Abnehmer, da sich aus ihnen nur minderwertige Produkte wie etwa klobige Parkbänke herstellen ließen. Für die wiederum gab es kaum einen Markt. So kam es, dass schnell einige Schiffsladungen mit »grünem Punkt«-Müll ihren Weg nach Indonesien fanden.

Da Not und Armut bekanntlich erfinderisch machen, verfügte Indonesien damals tatsächlich schon über eine halbwegs funktionierende Plastikrecyclingindustrie. Dem informellen Sektor angehörige Müllsammler durchstöberten Abfälle in Siedlungen und auf Deponien nach Plastikflaschen, -folien und anderen Produkten, die sie ganz ohne technologischen Einsatz sortenrein an Zwischenhändler verkaufen konnten. Die Vielfalt der Produkte, die es auf dem indonesischen Markt zu kaufen gab, war überschaubar und so erfolgte die Sortierung einfach entsprechend der bekannten Produktmarken: Shampoo-Flaschen in diesen Behälter, Wasserflaschen in jenen, Tüten hierher, Folien dorthin. Die fremden Marken aus Deutschland und die schieren Mengen des angelieferten Plastikmülls drohten dieses System aus den Angeln zu heben. *Watch Indonesia!*, *Greenpeace* und indonesische Umweltorganisationen wie WALHI und selbst die indonesischen Umweltbehörden protestierten.

Diese Episode war nicht von langer Dauer. Deutsche Unternehmen sind mittlerweile längst in der Lage, den anfallenden Plastikmüll aus der gelben Tonne im eigenen Land zu verwerten. Fragen, ob dieses Recycling ökologisch sinnvoll ist, und ob die damit verbundenen Kosten ökonomisch gerecht verteilt sind, würden den Rahmen dieses Beitrages sprengen. Festzuhalten bleibt, dass die deutsche Industrie ihren Verpflichtungen mittlerweile nachkommen kann und es keine Notwendigkeit mehr gibt Plastikmüll nach Indonesien zu exportieren.

Technischer Fortschritt in Indonesien

Wie hat sich derweil die Abfallwirtschaft in Indonesien weiterentwickelt? Eine im April 2012 an der *University of Michigan* veröffentlichte Studie *(Sustainable Enterprise: Plastic Waste Recycling in Jakarta)* gibt darüber Aufschluss: praktisch gar nicht! Die Autoren beschreiben Abfallwirtschaft und Recycling in Jakarta exakt so, wie ich sie selbst als damaliger Student des Technischen Umweltschutzes vor nunmehr 23 Jahren beobachtet und dokumentiert habe. Noch immer erzielen die Müllsammler (indon.: *pemulung*) höhere Preise für Plastikflaschen, von denen bereits die Papieretiketten abgelöst sind. Mit anderen Worten: selbst eine so

einfache Technologie wie das Trennen von Plastik und Etiketten (ein paar Stunden in Wasser einweichen würde genügen!) ist in indonesischen Recyclingbetrieben noch keineswegs selbstverständlich. Anstatt diese Einfachsttechnologie in den Betriebsablauf zu integrieren, scheint es immer noch billiger, die Arbeitskraft der *Pemulung* (bzw. deren Kinder) zu bezahlen.

Müllsammler auf der Deponie

Foto: Hans-Georg Gaul

Da die moderne Konsumgesellschaft auch in Indonesien längst Fuß gefasst hat, sind die zu entsorgenden Abfallmengen einem stetigen Wachstum unterworfen. Alleine in Jakarta holt die Müllabfuhr täglich ca. 6.500 Tonnen Abfall ab. Das entspricht ungefähr 70% des Mülls, der in dieser Megacity anfällt (Wahyudi Soeriaatmadja, Straits Times, 02. Nov. 2012). Mit anderen Worten: ca. 2.800 Tonnen Müll bleiben Tag für Tag liegen, werden am Straßenrand verbrannt, im Garten verbuddelt oder über die Flüsse entsorgt. Dies führt zur Verstopfung von Kanälen und Flüssen, die häufig schon bei kurzem Starkregen über die Ufer treten. Hochwasserkatastrophen in Ballungsräumen wie Jakarta nehmen zu. Neben der zunehmenden Flächenversiegelung, mangelnden Überflutungsreservoirs und einer durch Abholzung und Besiedelung immer geringer werdenden Wasserhaltekapazität der Böden im Oberlauf der Flüsse sind nicht zuletzt die Müllmengen für die Hochwasser verantwortlich. Bislang war es üblich, die unter den Hochwassern am stärksten leidenden armen Bevölkerungsgruppen selbst, die ihre Häuser (zu) dicht am Flussufer gebaut haben und sich das Geld für die Müllabfuhr nicht leisten können, für diese Flutkatastrophen verantwortlich zu stempeln. Es bleibt abzuwarten, ob die Administration unter dem volksnahen neuen Gouverneur Jokowi in Jakarta daran etwas ändern wird.

Es gibt keine Mülltonnen, keine getrennte Sammlung und schon gar keine Ansätze zur Müllvermeidung. Die Müllabfuhr schaufelt offen gelagerte stinkende Abfallberge mit Bambuskörben auf Lastwagen und kippt den ganzen Dreck wie seit Jahrzehnten auf offenen Halden in der Umgebung ab. *Bantar Gebang* heißt die größte dieser Halden in der Umgebung von Jakarta. Sie umfasst eine Fläche von 125 ha. Selbst die elementarsten Umwelt- und Sicherheitsvorkehrungen fehlen auf dieser Deponie: es gibt keine Basisabdichtung zum Schutz gegen Grundwasserverunreinigung und keine Deponiegaserfassung. *Bantar Gebang* ist frei zugänglich. Mindestens 5.000 *Pemulung* leben mit ihren Familien auf und von dieser Abfallhalde. Barfuß und ohne Atemmaske suchen sie dort nach verwertbaren Materialien.

Düstere Zukunft für die *Pemulung?*

In der Stadt selbst mögen die *Pemulung* durch die Aussortierung von Wertstoffen dazu beitragen, dass die Müllmengen ein wenig geringer ausfallen als die o.g. 2.800 Tonnen pro Tag. Streunende Hunde, Katzen und Ratten tragen ihren Anteil dazu bei, die Müllberge weiter abzubauen. Von einer modernen Abfallwirtschaft in der Hauptstadt eines Staates, der sich zu führenden 20 Industrienationen dieser Welt (G 20) zählen darf, sind diese Umstände freilich Lichtjahre weit entfernt.

Der Beitrag zu Umweltschutz und Armutsbekämpfung, den die *Pemulung* tatsächlich leisten, wird von den wenigsten erkannt. In vielen Straßen der »besseren« Viertel Jakartas steht auf Schildern zu lesen: *»kein Zutritt für Pemulung!«* Sie stören und machen Dreck. Sie scheinen auf einer Stufe zu stehen mit den streunenden Hunden und den Ratten, die im Müll wühlen. Oder führt womöglich das schlechte Gewissen der Reichen gegenüber den absolut Armen dazu bei, dass man diese Leute aus dem eigenen Gesichtsfeld zu eliminieren versucht? Manch einer mag sich auch zu Recht daran stören, dass sein Konsumverhalten und damit sein Privatleben über den Abfall analysiert wird. Wie sähe es beispielsweise aus, wenn im Hausmüll eines muslimischen Politikers regelmäßig Bierdosen und Schnapsflaschen gefunden würden?

Nicht nur Behörden und Industrie, sondern auch die einst so kreativen *Pemulung* können längst nicht mehr mit dem Fortschritt standhalten. Im Müll der konsumorientierten neuen Mittelschicht Indonesiens finden sich zunehmend komplexere Produkte als nur Altmetall, Papier und Wasserflaschen. Aber kaum jemand vermag ein weggeworfenes Handy oder einen alten Fernseher in seine durchaus wertvollen Bestandteile zu zerlegen. Hierzu bedürfte es modernerer Technologien als die des Ablösens der Papieretiketten von Plastikflaschen.

Wer würde die Bevölkerung darüber aufklären, dass sie mit ihrem Wohlstandsmüll nicht nur wertvolle Ressourcen, sondern gleichermaßen auch gefährliche Stoffe entsorgt? Verschiedene *Pemulung* kennen durchaus den Wert von Blei. Aber wissen sie auch über die Gefahren für ihre Gesundheit, denen sie sich durch die Methoden aussetzen, mit denen sie dieses Blei aus alten Autobatterien zurückgewinnen?

Schätzungsweise fast 3 Mio. Menschen in Indonesien, davon ca. 600.000 im Großraum Jakarta sind *Pemulung*. Der katastrophale Zustand der indonesischen Abfallwirtschaft ist das Kapital, von dem sie leben. Wie sähe ihre Zukunft aus, wenn die Müllabfuhr irgendwann einmal besser funktionieren sollte und irgendjemand darauf achten würde, dass nicht mehr jeder barfuß auf den Deponien nach Verwertbarem suchen darf? Es ist fraglich, ob ein modernes System der Müllsammlung und -entsorgung die *Pemulung* als Arbeitskräfte integrieren könnte. Es ist sogar fraglich, ob die *Pemulung* dies überhaupt für wünschenswert hielten.

PepsiCo finanziert eine Studie

Die genannte Studie der *University of Michigan* widmet sich diesem Schicksal der *Pemulung*. Jedenfalls sieht es auf den ersten Blick so aus. Bei näherem Hinschauen stellt man fest, dass die Studie mit Unterstützung des Getränkeherstellers *PepsiCo* entstanden ist. *PepsiCo* ist in Indonesien groß im Geschäft. Eine nicht geringe Zahl der Plastikflaschen im Hausmüll wurden mit Produkten dieser Firma gefüllt in den Handel gebracht. Es dient der Imagepflege des Konzerns, sich um die leeren Flaschen und ihre Entsorger, die *Pemulung*, zu kümmern.

Die Autoren der Studie waren dafür genau passend. Sie traten auf im Namen einer renommierten Universität in den USA, aber in Wirklichkeit waren sie keine Abfallexperten, sondern Studenten eines Master-Studiengangs. An einigen Stellen fällt dies bereits anhand der verwendeten Terminologie auf. Erst recht fehlte es den Autoren an Länderexpertise über Indonesien. Da schleichen sich dann schon mal Bemerkungen ein wie *»President Soeharto (one of the guys the airport is named after)«*. Der Flughafen heißt *Sukarno-Hatta Airport*.

Gewichtiger sind jedoch die Inhalte der Studie: so werden angeblich 99% der Plastikflaschen in Jakarta dem Recycling zugeführt – eine ganz und gar unglaubwürdige Zahl, die zu belegen die Autoren offenbar nicht für notwendig hielten. Eine seriöse Untersuchung würde die Masse der produzierten bzw. importierten Plastikflaschen der Masse des von Recyclingbetrieben angenommenen Materials entgegenstellen, was allerdings aufwändige Datenerhebungen mit sich brächte, wenn diese Zahlen auf ein begrenztes Gebiet (Jakarta) heruntergebrochen werden sollen. Weitere methodische Fehler vervollständigen das Bild: der Wert von Recyclingkunststoff wird in Relation zum Ölpreis gesetzt. Diese zweifelsohne richtige Hypothese lässt allerdings außer Acht, dass – anders als zu Hause in Michigan – der Ölpreis in Indonesien kein Marktpreis ist, sondern massiv subventioniert wird.

Bei aller Wertschätzung für die *Pemulung*: sie erfassen vielleicht 99% der mehr oder weniger sichtbar an der Oberfläche der Müllberge zum Vorschein kommenden Flaschen. Der Rest ist auf immer verloren, solange es kein geeigneteres Trennungs- und Sammelsystem gibt. Für den einzelnen Verbraucher hat die leere Flasche keinerlei Wert und wird daher achtlos weggeworfen. Erst in Kilogramm oder Tonnen gerechnet erhalten die mühsam aus dem Müll gesammelten Flaschen wieder einen Wert. Eine Alternative wäre die Rücknahme von leeren Pfandflaschen über den Einzelhandel, wie es für Glasflaschen auch in Indonesien durchaus üblich ist. Doch genau davor scheinen sich *PepsiCo* und andere Getränkehersteller wie überall auf der Welt zu sträuben. Und bevor Indonesiens Umweltminister auf den Gedanken kommen sollte, eine Pfandpflicht für alle Getränkeverpackungen einzuführen, kommt der scheinbar wissenschaftliche Nachweis einer 99%-igen Recyclingquote wie gerufen.

Recycling ist in Wirklichkeit fast immer *Downcycling:* aus einer leeren Getränkeflasche wird nie wieder eine Getränkeflasche, sondern bestenfalls ein billiger Kleiderbügel. Selbst wenn es technisch möglich wäre, würde sich der Einsatz von Recyclingkunststoffen zur Produktion neuer Lebensmittelverpackungen schon aus hygienischen Gründen verbieten. Ungeachtet dessen sprechen die Autoren von der *University of Michigan* jedoch sogar von *»Upcycling«*, wenn sich auch nur irgendeine Verwendung des Produkts abzeichnet

Müllsammler in der Stadt

Foto: Hans-Georg Gaul

(*»positive alternatives to using plastic intended for landfill disposal«*; S. 53).

Es wäre interessant gewesen, eine Studie zu lesen, welche die ökonomischen und ökologischen Vor- und Nachteile der Wiederbefüllung von (Glas-)Pfandflaschen für Produkte der Firma *PepsiCo* in Indonesien untersucht. Ein wichtiges Argument für billige Plastikflaschen sind häufig die geringeren Transportkosten. Es kostet schließlich bares Geld, schwere Glasflaschen mit französischem Rotwein oder schottischem Whisky in Glasflaschen bis nach Indonesien zu transportieren. Im Gegensatz dazu bestehen die Rezepturen vieler Softdrinks jedoch, grob ausgedrückt, lediglich aus dem Anrühren eines von der Konzernzentrale gelieferten Konzentrats mit Wasser. Die Abfüllung könnte somit dezentral an jedem beliebigen Ort stattfinden, wo es ausreichend Wasser gibt. Transportwege für das fertige Getränk bzw. die Wiederbefüllung der leeren Flaschen können somit kurz gehalten werden. Angesichts der immer noch schlechten Transportinfrastruktur Indonesiens würde sich ein solches Modell möglicherweise sogar als Kostenvorteil gegenüber der Konkurrenz ausbezahlen.

Stattdessen konzentrierten sich die Studenten der *University of Michigan* lieber auf die Frage der Konkurrenzfähigkeit der *Pemulung*. Wäre den *Pemulung* in ihrer Abhängigkeit von den Abnehmern ihrer Ware damit geholfen, ein Informationssystem über SMS zu installieren, welches sie über die jeweils besten Ankaufpreise informiert? Die These konnte im Rahmen der Studie weder bestätigt noch widerlegt werden. Vielleicht war sie einfach zu weit entfernt von der täglichen Realität der *Pemulung*.

Zu der immer drängenderen Frage, wie die Abfallwirtschaft Indonesiens als Kehrseite des zunehmenden Konsumverhaltens mit immer komplexer werdenden Produkten Schritt halten kann, hat diese Studie leider keinen Beitrag geleistet. Das soll den Studenten aus Michigan, für die der Aufenthalt in Indonesien sicher eine bereichernde Erfahrung war, gerne verziehen sein. Weitaus bedenklicher ist, dass auch sonst kaum jemand die auseinanderklaffende Schere zwischen Wachstum und Konsum einerseits und der auf unterstem Niveau stagnierenden Umwelttechnik andererseits ernst zu nehmen scheint.

Falls es sonst niemanden interessiert, so sollten zumindest deutsche Anleger, denen Investitionen in Indonesien derzeit wärmstens empfohlen werden, schon mal nachfragen, inwieweit die Kosten künftiger Altlastensanierungen in der Modellrechnung ihres Anlageberaters bereits berücksichtigt wurden. ◆

Sieg für indonesische Umweltschützer

Umstrittene Palmölkonzession im Tripa-Urwald ist rechtswidrig. Doch der Wald brennt weiter

von Anett Keller

Im Konflikt um eine umstrittene Palmölkonzession auf der indonesischen Insel Sumatra haben Umweltschützer Anfang September einen entscheidenden juristischen Sieg errungen. Das Verwaltungsgericht Medan (Nordsumatra) beschied, dass die Vergabe einer 1.600 Hektar Konzession für eine Palmölplantage innerhalb des geschützten Tripa-Regenwaldes in der Provinz Aceh rechtswidrig erfolgte. Acehs Provinzregierung wurde mit dem Urteil aufgefordert, die an die Firma *PT Kallista Alam* vergebene Lizenz zurückzunehmen.

Indonesien ist der weltgrößte Produzent von Palmöl, das vor allem für Lebensmittel und Kosmetik verwendet wird und meist lediglich als pflanzliches Öl deklariert ist. Im letzten Jahrzehnt sorgten steigender Nahrungsmittelbedarf und auch der Biokraftstoffboom

für eine rasant gestiegene Nachfrage. Die EU befindet sich nach Indien und China an dritter Stelle der Palmölimporteure.

Tripa ist Teil des weltbekannten Leuser-Ökosystems und Heimat einer der letzten Populationen des Sumatra Orang Utans. Der Tripa-Wald ist auch einer der drei letzten Torfsumpfwälder in Aceh. Torfsumpfwälder sind wichtige Kohlenstoffspeicher. Werden sie abgebrannt, setzt das riesige Mengen an CO_2 frei. Das passiert in Indonesien in so großem Stil, dass das Land den weltweit drittgrößten CO_2-Ausstoß verursacht. Brandrodung ist in der Regel die Vorbereitung, um die ehemaligen Landflächen für Plantagen nutzbar zu machen. Mehr als drei Viertel von Tripas Regenwald, die 1990 noch 61.000 Hektar Land umfassten, wurde bereits gerodet – vor allem für Palmölplantagen.

»Die Torfsumpfwälder in West-Aceh haben bei dem verheerenden Tsunami von 2004 als Puffer gewirkt und das Schlimmste für diese Gegenden verhindert«, sagt die Umweltexpertin Marianne Klute von der deutschen NGO *Watch Indonesia!*. »Abholzung und Umwandlung in Plantagen zerstören diese Pufferwirkung, was äußerst gefährlich für die Bewohner ist. Auf dem Papier ist der Tripa-Regenwald gleich mehrfach geschützt. Das Leuser-Gebiet ist Unesco-Weltnaturerbe. Ausserdem gehört Tripa zu einem Areal, das nach indonesischem Gesetz Nationalpark ist. Zusätzlich erließ der damalige Gouverneur der Provinz Aceh, Yusuf Irwandi, im Jahr 2007 ein Waldschutzmoratorium auf Provinzebene, für das er weltweit Beifall und das Label »Grüner Gouverneur« erhielt.

Auf nationaler Ebene gilt seit Mai 2011 ein weiteres Waldschutzmoratorium. Es ist Teil einer bilateralen Klimaschutzvereinbarung, nach der Norwegen der indonesischen Regierung 1 Milliarde Dollar zahlt. Im Gegenzug hat sich Indonesien zur Reduzierung der durch Abholzung und Waldsterben verursachten Emissionen im Rahmen des UN-Waldschutzprogramms REDD+ verpflichtet.

Ein Beispiel dafür, dass dieser Spagat in der praktischen Umsetzung schwierig bis unmöglich ist, war die umstrittene Lizenzvergabe im August 2011 durch Yusuf. Als Naturschutzgebiet war Tripa in einer Karte zum im Mai 2011 beschlossenen nationalen Waldschutzmoratorium verzeichnet. In einer aktualisierten Version der Karte war das umstrittene Konzessionsgebiet jedoch im November 2011 auf einmal kein Naturschutzgebiet mehr. Trotz des offensichtlich fragwürdigen Vorgehens seitens des Gouverneurs und des Forstministeriums, wurde eine Klage von Umweltschützern vor dem zuständigen Gericht in Acehs Provinzhauptstadt Banda Aceh im April 2012 zunächst abgewiesen.

Dass die Kläger nun vor dem nächst höherem Gericht Erfolg hatten, sehen Umweltschützer als wegweisendes Signal im Kampf gegen den Kahlschlag durch Palmölkonzerne an. *Walhi*, ein Netzwerk indonesischer Umweltschutzorganisationen und Teil der Klägerpartei, bezeichnete das Urteil als »Sieg für alle Acehnesen sowie nationale und internationale Umweltschützer, die um die Zukunft des Tripa-Regenwaldes sehr besorgt sind«. Teuku Muhammad Zulfikar, *Walhis* Vorsitzender in Aceh, erhofft sich vom Urteil eine striktere Umsetzung von Umweltschutzgesetzen. »Wir hoffen außerdem, dass die zahlreichen Klagen vom Umweltschutzministerium und zivilgesellschaftlichen Gruppen gegen andere, im Tripa-Regenwald operierende Unternehmen, nun ernsthafter verfolgt werden«, so Zulfikar. Ein Teil des Waldes ist durch die widerrechtliche Lizenzvergabe an *PT Kallista Alam* jedoch bereits unwiederbringlich zerstört. Laut indonesischen Medienberichten hat das Unternehmen bereits 30 Hektar abgeholzt.

Von Entwarnung ist im Fall Tripa noch lange nicht zu sprechen. Denn die Waldbrände lodern weiter, so lange weitere Firmen dort Fakten für ihre geplanten Palmölplantagen schaffen. Satellitenbilder zeigten dies deutlich, so Riswan Zen, Kartograf an der Universität von Nordsumatra. Zen zufolge fackelten derzeit zwei weitere Firmen im betroffenen Gebiet Wald ab und verstießen dabei mehrfach gegen Gesetze. Auch sie operierten in dem Gebiet, das im letzten Jahr auf mysteriöse Weise als Umweltschutzgebiet aus der Moratoriumskarte verschwand. Im vergangenen halben Jahr wurden 2.600 Hektar Wald in Tripa zerstört.

Die Umweltschützer schlagen deshalb erneut Alarm. Seit Ende Oktober werden Internetnutzer aufgerufen, sich in einer Online-Petition an den Polizeichef Indonesiens zu wenden, damit die Brandrodungen gestoppt werden <https://www.change.org/savetripa2>. Ähnliche Petitionen mehrerer Umwelt-NGOs hatten sich schon während des Rechtsstreits wegen der *Kallista*-Lizenz als öffentlichkeitswirksam erwiesen, Zehntausende Menschen aus der ganzen Welt unterzeichneten binnen weniger Wochen für den Schutz von Tripa.

Den Sieg vor Gericht feierten die Umweltschützer zwar als historisches Ereignis. Doch sie wissen, dass es lediglich ein Etappensieg war. Adnan NS, ein angesehener Dorfführer aus dem Tripa-Gebiet klagt: »Trotz des Rückzugs der *Kallista*-Lizenz und trotz anhaltender Ermittlungen hat sich bei uns vor Ort nichts verändert. Unsere Lebensgrundlagen werden weiter zerstört«. Lokale Führer seien bereits im November 2011 bis nach Jakarta gereist, um bei der Nationalen Polizei Anzeige zu erstatten, so Adnan. »Wir warten noch immer darauf, dass sich etwas tut«. ◆

Anett Keller berichtet als freie Journalistin aus Indonesien und ist erreichbar unter anettkeller@ymail.com

Osttimor wird nicht zu Singapur, es wird immer Osttimor sein

Interview mit Antero Benedito da Silva, ETSSC

Seit Februar 2007 gibt es in Osttimor ein Institut für Friedens- und Konfliktstudien, das an die Nationale Universität von Osttimor angegliedert ist. Es handelt sich dabei um die konsequente Weiterentwicklung der Arbeit des *East Timor Student Solidarity Council* (ETSSC) und wird geleitet von deren Gründungsmitglied Antero Benedito da Silva. ETSSC formierte sich an der Universität als ein offenes Forum kurz nach dem Rücktritt des indonesischen Diktators Suharto 1998. Nachdem 1999 eine Mission der Vereinten Nationen (UNAMET) zur Durchführung des Referendums in Osttimor eingesetzt wurde, richtete ETSSC in allen Distrikten regionale Büros ein. Über 3.000 Studentinnen und Studenten strömten ins ganze Land. Sie führten auch in entlegensten Gebieten, die von den UN-Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen nicht erreicht wurden, Aufklärungskampagnen über die Abstimmung und grundlegende Menschenrechte durch. Nicht selten wurden sie von Milizen und dem indonesischen Militär attackiert. Einige bezahlten ihr Engagement mit ihrem Leben. Monika Schlicher sprach, gemeinsam mit Janina Pawelz von der Deutschen Osttimor Gesellschaft, am Rande des *Asia Europe Peoples Forum 9*, das vom 16.-19. Oktober in Vientiane (Laos) stattfand, mit Antero Benedito da Silva.

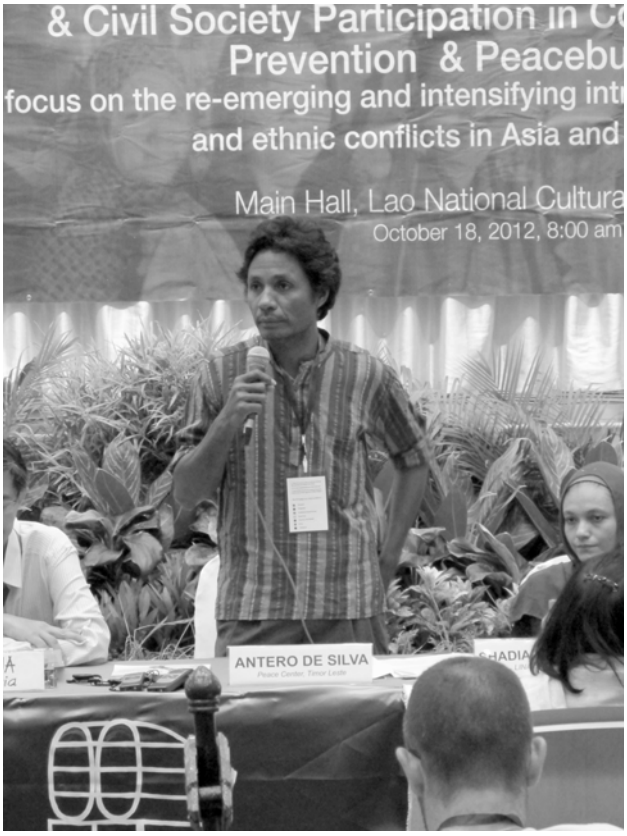


Foto: Janina Pawelz

Wo sehen Sie dringenden Bedarf an Unterstützung, nach 10 Jahren in der Unabhängigkeit?

Wir brauchen vor allem Unterstützung für menschliche Entwicklung (*human development*). Die soziale und menschliche Entwicklung sollte ins Zentrum aller Bemühungen gerückt werden, damit wir eines Tages wirkliche Selbstbestimmung erzielen. In unserer Sprache heißt dies *Ukun Rasik An* (sich selbst führen). Das geht über die bloße Unabhängigkeit hinaus. Und die Entwicklung sollte dort ansetzten, wo wir gerade stehen. Ich halte es auch für besser, viele junge Leute im Land mit Studienstipendien zu unterstützen, anstatt einige wenige zum Studium ins Ausland zu schicken. Wir geben Unsummen von Geld für Berater aus, und gleichzeitig sinkt das Budget für Bildung im Haushalt. Unser Präsident Taur Matan Ruak möchte, dass Osttimor sich zu einem zweiten Singapur entwickelt. Das geht aber im Kern an dem, was wir sind vorbei, nämlich eine landwirtschaftlich geprägte Gesellschaft. Osttimor wird nicht zu Singapur, es wird immer Osttimor sein.

Wo liegen die Haupthindernisse für Frieden?

Eines der wesentlichen Hindernisse für Frieden in Osttimor ist sicher die Armut. Auch die fehlende Gerechtigkeit - und zwar im weiteren Sinne, nicht nur politische, sondern auch kulturelle und soziale Gerechtigkeit. Wir haben unsere Unabhängigkeit schmerzlich erkämpft, und es war den Menschen ein Freudenfest.

Aber dann haben wir angefangen, Dinge zu vergessen. Einige wurden reich, weil sie Beziehungen hatten und Freunde in einflussreichen Positionen. Andere aber sahen sich außen vor und fingen an, ihrem Ärger freien Lauf zu lassen. Während des Widerstandskampfes waren wir geeint, da war jeder einzelne wichtig. Heute steht die Politik über der Ethik, und die Menschen schauen nach Macht. Es sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die anhaltend für soziale Gleichheit kämpfen.

Unsere Regierung stellt in vielen Presseerklärungen das wirtschaftliche Wachstum heraus Aber nur für Wenige ist dieses tatsächlich spürbar. Sicher, wenn man sich heute in Dili umschaut, hat sich vieles verändert.

Tut die Regierung zu wenig, um die Armut zu bekämpfen?

Ihre Bemühungen schaffen mehr neue Abhängigkeiten, als dass sie Menschen in die Lage versetzen, sich selbst zu helfen. Unsere Bevölkerung sollte sich ausreichend mit Nahrungsmitteln und sauberem Trinkwasser versorgen können, Zugang zu Dienstleistungen haben und in einer gesunden Umwelt leben können. Sie sollte sich nicht im eigenen Land der Bedrohung ausgesetzt fühlen, wirtschaftlich marginalisiert zu werden. Wir sind politisch unabhängig, aber wirtschaftlich extrem abhängig. Landreform, Landmanagement und der Schutz von landwirtschaftlich genutzten Flächen sind für die jetzige wie zukünftige Regierungen Aufgaben von zentraler Bedeutung. Die Landwirtschaft sollte der Bevölkerung in den Gemeinden nachhaltige Beschäftigung und Lebensqualität ermöglichen. Dazu müssen wir die lokalen Märkte im Land wieder stärken. Eine Politik, die auf den Anbau und die Erhöhung von Exportgütern setzt, geht meines Erachtens in eine falsche Richtung und an den eigentlichen Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung vorbei. Wir müssen uns erst einmal selbst ernähren können.

Mit dem Institut für Friedens- und Konfliktstudien setzen Sie sich weiterhin für die Transformation der Gesellschaft ein. Wie kam es zur Gründung und woraus beziehen Sie Ihre Antriebskraft?

2006, während der politischen Krise, setzte sich die Ost-West Spaltung der Gesellschaft in der Universität, an der ich unterrichtete, fort. Das war der ausschlaggebende Moment für die Gründung des Friedensinstituts. Die soziale Solidarität, letztlich die ethische Basis unseres Widerstandskampfes, war im Begriff auseinander zu brechen. Dem haben wir uns entgegen gestellt, indem wir z.B. Friedenscamps mit Trainings in Konfliktbearbeitung durchgeführt haben. Zurzeit arbeiten wir intensiv am Curriculum für einen Ausbildungsgang in Friedens- und Konfliktstudien.

Taur Matan Ruak und andere Mitglieder der *Falintil* (ehem. bewaffneter Widerstand) haben nicht sehr viel Vertrauen in unsere zivile Führung. Dieses Phänomen ist nicht so stark ausgeprägt wie in Indonesien zur Suharto-Zeit. Es ist nicht so, dass nur das Militär das Land regieren kann. Ich sehe auch durchaus Chancen, dass sich dieses Misstrauen überwinden lässt. Aber, diese Leute haben auch kein Vertrauen in die junge Generation. Ich war 1999 als einziger junger Mensch bei einem hochkarätigen Treffen der politischen Führerschaft unseres Landes mit dabei. Auch die beiden Bischöfe waren anwesend. Meine Generation wurde dort als „verlorene Generation“ bezeichnet. Das hat mich sehr betroffen gemacht. Damit wurden wir außen vor gelassen (seine Generation kämpfte im zivilen Widerstand für die Unabhängigkeit, viele vernachlässigten ihr Studium oder ihre Ausbildung, sie mussten Gefängnis und Folter ertragen, *red.; s. SUARA Nr. 2/2011*). Das hat mich veranlasst, mich weiterhin in der Bildungsarbeit zu engagieren. Schon als Student im Widerstand, haben wir viel mit jungen Menschen gearbeitet und Trainings durchgeführt.

Während des Widerstandes waren junge Menschen auf allen Ebenen präsent, vom Dorf bis in die Volksversammlung. Es gab die Jugendorganisation OPJT (*Organização Popular de Juventude Timorense).* Heute ist die Jugend nur noch auf Dorfebene mitvertreten. Es gibt auf nationaler Ebene ein Jugendparlament, aber das findet kein Gehör. Junge Erwachsene müssen sich jetzt in den Parteien engagieren und sich dann für das Parlament aufstellen lassen, damit sei bei den nächsten oder übernächsten Wahlen übernehmen können. Dazu ermutige ich auch meine Studentinnen und Studenten. Unser Friedensinstitut bietet hierzu speziell Fortbildungs- und Führungstrainings für junge Frauen an. ◆

Peace and Conflict Studies Center, National University of Timor Leste.
http://pcsctl.wordpress.com/

Centro Treino Integral e Desenvolvimento

von Sara Czinczoll

Eine Berufsschule für Landfrauen in Baucau, Timor-Leste, trägt nicht nur zum ökonomischen Empowerment und der persönlichen Entwicklung von Frauen, sondern auch zur Verständigung zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen bei.

*Mariana da Santa Maria** gießt eine cremeweiße Flüssigkeit in rechteckige Silikonformen. Die neuen Formen, die heute erstmalig getestet werden, sollen bewirken, dass die Seife eine angenehme Oberflächenstruktur erhält. Nach dem Trocknen werden sie von *Mariana* und ihrem Team, bestehend aus vier weiteren jungen Frauen, sorgfältig verpackt und mit einem kleinen Zettel versehen, den eine weiße Taube ziert: Das Label des *Centro Treino Integral e Desenvolvimento* (CTID). Die Seife wird an Supermärkte und Kioske im Land verkauft. Ein Teil geht nach Australien und Europa. Mit dem so erwirtschafteten Geld können die jungen Frauen zum Einkommen ihrer Familien beitragen. Häufig geht damit nicht nur ökonomische, sondern auch persönliche Emanzipation einher.

***Da Santa Maria* und das Seifen Team beim Ausprobieren der Silikonformen**

Foto: Sara Czinczoll

Da Santa Maria ist eine der Absolventinnen des ersten Jahrgangs des CTID, die von *Sister Sonia*, der ersten Direktorin der Schule, damals noch unter einem Baum unterrichtet wurden. Heute ist *da Santa Maria* die Koordinatorin des *Follow-Up Programs*. Im Interview beschreibt sie, wie sich das CTID im Laufe der Jahre entwickelt hat. Nicht nur, dass sich der Unterricht vom Platz unter dem Baum in ein Schulgebäude verlagert hat – im Laufe der Zeit sind Produktionsgruppen entstanden, in denen die Schülerinnen nach ihrem Abschluss zum Teil eine Anstellung finden können. Gerade auch die persönliche Betreuung der jungen Landfrauen über den *Maestra di Campagna* Abschluss hinaus sei eine Stärke des CITDs.

Zum Aufbau einer Nation seien, so *da Santa Maria*, Bildung, Gesundheit und Wirtschaft wichtig. Zu allem leiste die Einrichtung ihren Beitrag. Neben ihrem eigenen Wissenszuwachs trügen die Absolventinnen ihr Wissen zusätzlich weiter in ihre Familien und Dörfer.

Zunächst wurde in Baucau nur Katechismus unterrichtet, später kamen Hauswirtschaft und Handarbeit dazu. Heute werden neben Sprachen vor allem die Herstellung und der professionelle Verkauf von Produkten (*Small Business Management*) gelehrt. Das Unterrichtsfach *Justice, Peace and Integrity of Creation* erweitert die ökonomische Ausrichtung des Curriculums um politisch-moralische Fragestellungen.

Bildungsangebot

Generell bietet das CTID zwei verschiedene Arten der Ausbildung an: *Community Courses* und das *Maestra di Campagna Program*.

Community Courses stehen jedem offen und dauern drei Monate. Hierbei werden entweder Kenntnisse im Umgang mit dem PC, Englisch oder Sticken mit der Maschine *(machine embroidery)* vermittelt.

Das *Maestra di Campagna Program* ist Schwerpunkt der Einrichtung und nur für Frauen zugänglich. Das Programm dauert zehn Monate. Jedes Schuljahr werden sechzig Schülerinnen à zwei Klassen aufgenommen. Das Schulgeld beträgt inklusive Unterbringung und Verpflegung 15 $ im Monat. Es kann auch in Natu-

ralien wie Gemüse oder Vieh beglichen werden. Darüber hinaus ist es ist nicht unüblich, dass einzelne Schülerinnen von Nonnen oder Priestern ihres Herkunftsdorfes finanziert werden. Während ihrer Ausbildung leben die jungen Frauen auf dem Gelände des Campus. Viele Lehrerinnen, die heute am CTID unterrichten, sind selber ehemalige *Maestra di Campagna* Absolventinnen. Das führt einerseits dazu, dass sich ihr Wissenstand nicht erheblich von dem der Schülerinnen unterscheidet. Andererseits kennen dafür die Lehrerinnen die Situation und Schwierigkeiten der Schülerinnen umso genauer.

Neben der Herstellung von Taschen und anderen Textilien lernen die jungen Frauen (medizinische) Seife, Kräuter-Medizin und *Gurih-gurih Giisi*** aus lokalen Ressourcen herzustellen. Diese Produkte ermöglichen einerseits den Frauen, sich am lokalen Markt zu beteiligen und sich und ihren Familien ein Einkommen zu verschaffen. Andererseits bieten sie der Bevölkerung günstig Zugang zu einfacher medizinischer Versorgung. Dabei stellt die Regierung einen der Hauptabnehmer von *Gurih-gurih Giisi* dar. Sie verteilt es als Maßnahme gegen Unterernährung an Krankenhäuser und Kindergärten.

Eine Besonderheit der Schule ist das *Follow-Up Program,* das die Nachhaltigkeit der *Maestra di Campagna* Ausbildung unterstützen soll. Die Absolventinnen haben unter anderem die Möglichkeit, Kleinkredite zu beantragen und sich damit selbstständig zu machen. Hierbei ist es üblich, die Kredite in Form von Gegenständen ausgezahlt zu bekommen. Dabei werden die jungen Frauen vom *Follow-Up* Team unterstützt, das sie berät, in ihren Dörfern besucht und mit ihnen zusammen die Dinge besorgt, die zum Aufbau ihres Kleingewerbes benötigt werden.

Wie erfolgreich die angestrebte Verbindung von Theorie und Praxis funktioniert, zeigt das Beispiel der drei Praktikantinnen *Carlotta*, *Isabel* und *Malena* eindrücklich. Am Ende des zehnmonatigen *Maestra di Campagna Programs* absolvieren die Mädchen ein zweimonatiges Praktikum. Die Schülerinnen des Jahrgangs 2010 haben ihr Praktikum in Venilale, einem Subdistirct von Baucau, der zweitgrößten Stadt Timor-Lestes, bestritten. Ihr Ruf eilt ihnen voraus. Während der zwei Monate wohnen sie beim *Chefe de Suco**** *João Marquez.* Sie veranstalten Workshops, in denen sie Frauen aus den umliegenden Dörfern vermitteln, wie mit der lokalen Ernte festliche Buffets hergerichtet werden können, ohne auf teure Alternativen aus dem Supermarkt zurückgreifen zu müssen. Um die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Chefe de Suco und dem CTID bzw. den Erfolg der Praktikantinnen zu feiern, veranstaltet *Marquez* ein Dorffest, bei dem die Workshop-Teilnehmerinnen ihr Können präsentieren. Nicht nur für das leibliche Wohl ist gesorgt: Neben den Kochworkshops haben die Praktikantinnen am Wochenende eine Kinderbetreuung für die umliegenden Dörfer angeboten und mit den Kindern einen Tanz eingeübt, der auf dem Fest dargeboten wird. *Marquez* ist sehr zufrieden und spricht sich für eine weitere Zusammenarbeit mit dem CTID aus. In einem Gespräch spricht er das Thema häusliche Gewalt an, das in Osttimor ein großes Problem darstellt (1). Er führt aus, dass er es für einen wichtigen Beitrag gegen häusliche Gewalt halte, wenn Frauen ihr eigenes Einkommen verdienten, da dies die Männer entlaste.

Die Friedens- und Konfliktforschung stellt die Gleichung auf, dass eine Gesellschaft umso friedlicher ist, je gleichberechtigter die Geschlechter in ihr sind (2). In einer patriarchalisch geprägten Gesellschaft wie der osttimoresischen, die zudem in junger Vergangenheit viel Gewalt erfahren hat, ist es deshalb wichtig, Frauen und Mädchen zu »empowern«. Dazu leistet das CTID auf lokaler Ebene einen erheblichen Beitrag, indem es den jungen Frauen eine Perspektive bietet, sich persönlich und ökonomisch zu entwickeln. Durch die Geschlechtertrennung bietet das Zentrum aber gerade Frauen einen geschützten Raum, der ihnen die Möglichkeit bietet, unter ihresgleichen auszuprobieren, was in ihnen steckt. Mag die Auswirkung der Ausbildung des CTID national gesehen aufgrund der kleinen Anzahl von Schülerinnen gering sein, hat sie doch landesweit Vorbildcharakter.

Auf einer Dienstreise, die das Follow-Up Team in die Dörfer führt, bereitet Da Santa Maria die Papiere für die Kleinkredite vor

Foto: Sara Czinczoll

Gründungsgeschichte

Das CTID ist parallel zu den politischen Ereignissen der jüngsten Nation Südostasiens gewachsen: Im Jahr 2000, der Zeit zwischen dem Referendum von 1999, in dem sich ca. 80% der Timoresen für ihre Unabhängigkeit von Indonesien ausgesprochen hatten und der formellen Unabhängigkeit 2002, begannen Nonnen der *Canossian Sisters* in Ermangelung von Räumlichkeiten unter einem Baum mit ihrem Unterricht (3). Dem Referendum waren 24 Jahre indonesische Besatzung vor-

ausgegangen, während der circa ein Drittel der Bevölkerung von Osttimor ums Leben kam. Eine internationale Friedenstruppe namens *InterFET* wurde nach Timor-Leste geschickt, um die Sicherheit der timoresischen Bevölkerung zu gewährleisten. Eine ausufernde Welle der Gewalt gegen die einheimische Bevölkerung von pro-indonesischen Milizen-Gruppen war die Folge (4). Gerade Frauen hatten unter den Umständen der vergangenen Jahre gelitten. Während der indonesischen Besatzungszeit wurden Frauen systematisch vom indonesischen Militär und der Miliz vergewaltigt, unter anderem in so genannten *»Rape Houses«* (5).

Die Praktikantin *Malena* mit einer der Workshop-Teilnehmerinnen: Diese Frau hat jeden Tag einen dreistündigen Fußweg auf sich genommen, um an dem Workshop teilzunehmen.

Foto: Sara Czinczoll

Sister Sonia, die erste Direktorin der Schule, berichtet im Interview, wie die damalige Vorsteherin der Canossianer Gemeinschaft zusammen mit einer italienischen Nonne und einigen Freiwilligen des Konvents auf einer Dienstreise von pro-indonesischen Milizen brutal ermordet wurden. Dieses Ereignis stellt gewissermaßen die Geburtsstunde des CTID da: *Sister Sonia* wurde vom Orden nach Baucau gerufen, um den dort ansässigen Canossianern dabei zu helfen, ihr Trauma zu überwinden und neuen Mut zu fassen. Die Idee, eine Schule auf dem Gelände der Canossianer Gemeinde aufzubauen, entstand aus der Tatsache, dass die Nonnen traumatisiert waren und Angst hatten, den Konvent zu verlassen.

Dem Vorbild ihrer Ordensgründerin folgend, beschlossen die Nonnen, sich für die Verbesserung der Lebenslage der Landfrauen einzusetzen. Das Konzept des *Maestra di Campagna,* der ländlichen Lehrerin, deckt sich mit dem viel zitierten Sprichwort: *»If you educate a boy, you educate an individual. If you educate a girl, you educate a village«*. Im Falle des CTIDs hat der Entschluss, schwerpunktmäßig junge Frauen auszubilden, sicherlich auch pragmatische Hintergründe: So leben die jungen Frauen zum Beispiel zusammen mit den Nonnen auf dem Campus, da die Unterbringungsmöglichkeiten begrenzt sind. Häufig wird kritisiert, dass einerseits die religiöse Ausbildung andererseits klassisch weibliche Fächer wie Hauswirtschaft und Handarbeit im Stundenplan zuviel Raum einnehmen. Außerdem wird in Frage gestellt, ob eine von Nonnen geleitete Institution dazu in der Lage ist, »emanzipierte« junge Frauen hervorzubringen.

Aller Kritik zum Trotz bietet das CTID den jungen Landfrauen eine einzigartige Entwicklungsmöglichkeit. *Sister Sonia* träumt davon, es nicht bei der lokalen Ebene zu belassen und in ganz Osttimor Zentren nach dem Vorbild des CTID aufzubauen. ♦

*) Alle Namen wurden von der Redaktion geändert.
**) *Gurih-gurih Giisi* ist ein sehr nährstoffreicher Nahrungszusatz, der z.B. unterernährten Kindern oder stillenden und schwangeren Frauen verabreicht werden kann.
***) Als *Chefe de Suco* bezeichnet man den Vorsteher einer bestimmten Verwaltungseinheit.

(1) UNIFEM,
http://www.unifem.org/news_events/story_detail.php?StoryID=1087, 14.05.2012.
(2) HOLZMANN, Nora (2006): Gender and Conflicts – An Orientation Paper. *Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit*, S. 5 (http://www2.gtz.de/dokumente/bib/07-0146.pdf, 19.01.2010)
(3) CZINCZOLL, Sara (2011): *Gender, Conflict and Development – A Case Study of Women's Vocational Training in Timor-Leste.* Diplomarbeit im Fach Regionalwissenschaften Südostasien, Philosophische Fakultät der Universität Bonn, S. 9 -10.
NEVIS, Joseph (2005): A Not-So-Distant Horror – Mass Violence in East Timor. Ithaca, London: Cornell University Press, S. 5.
(4) HENSENGERTH, Stefanie (2005): *Die Unabhängigkeitsbewegung in Osttimor.* Diplomarbeit im Fach Regionalwissenschaften Südostasien, Philosophische Fakultät der Universität Bonn, S. 96.
NEVIS, Joseph (2005): A Not-So-Distant Horror – Mass Violence in East Timor. Ithaca, London: Cornell University Press. p. 5
(5) FLESCHENBERG, Andrea (2001a): Das Gestern im Heute: Frauen in Osttimor.
In: *Südostasien*, Jg. 17, Nr. 13, S. 52-55.

Sara Czinczoll hat Regionalwissenschaften Südostasien an der Universität Bonn studiert und ihre Diplomarbeit zu dem Thema *»Gender, Conflict and Development – A Case Study of Women's Vocational Training in Timor Leste«* verfasst. Im Rahmen dieser Arbeit hat die Autorin Interviews mit Schülerinnen und Lehrerinnen des CTID in Timor-Leste geführt. Seit Oktober 2011 promoviert sie an der Bonn *International Graduate School* über Frauen in Osttimor.

4. Kooperationsworkshop:

Osttimor 10 Jahre in der Unabhängigkeit

von Monika Schlicher und Sara Czinczoll (DOTG)

Mit dem Wunsch nach Austausch zu Osttimor und verbunden mit dem Engagement sich einzubringen und zu vernetzen, kamen 34 Menschen zum 4. Workshop, der vom 16. – 18. November in Berlin stattfand, zusammen. Symbolisch gingen sie gemeinsam auf die Reise nach Osttimor, um dem Land zu seiner 10 jährigen Unabhängigkeit zu gratulieren und »Entwicklungen, Tendenzen, Herausforderungen«, so der Untertitel des Workshops, zu diskutieren.

»Check In« zur Reise nach Osttimor

Foto: Janina Pawelz

»Wir sind heute auf einem guten Weg und wir lösen unsere Konflikte nicht mehr auf der Straße, sondern im Parlament«, begrüßte Nelson Santos, Osttimors Botschafter für die Europäische Union, die Teilnehmenden in seinem Land und gab einen ersten Überblick. 1999 sei das Land zerstört gewesen und niemand habe Erfahrung im Regieren gehabt. Die politische Krise von 2006 hätte das Land in seiner Entwicklung beinah wieder auf den Nullpunkt zurück gebracht und die Gesellschaft reagierte in den bekannten Traumamustern der Vergangenheit. »2006 war eine Schande für unsere Regierung«, räumt der Botschafter ein, »und die Armutsrate stieg!« Doch das Land habe sich aus der Krise heraus gekämpft, wie er weiter berichtete: »Dank der Öleinnahmen sind wir inzwischen in der Lage, Veteranen und Witwen Pensionen zu zahlen. Auch die internen Flüchtlinge sind ausbezahlt worden und die meuternden Soldaten zurück ins zivile Leben geführt. Es gibt eine aktive Zivilgesellschaft und freie Medien. Die Wahlen 2012 haben wir erfolgreich in Eigenregie durchgeführt, unser Ölfonds gilt als Bester der Welt und wir haben den Vorsitz der g7+ Staaten inne, (einer Vereinigung von ursprünglich sieben politisch fragil angesehener Staaten, deren Ziel die Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber den Geberstaaten ist. *red*). In mehr und mehr Ländern machen wir Botschaften auf. Gerade, da wir ein kleines Land sind, dürfen wir uns auf keinen Fall isolieren, sondern müssen an die Türen der anderen klopfen.« Santos betonte, dass sein Land international viel Solidarität und Generosität erfahren durfte und es seiner Regierung wichtig sei, jetzt etwas zurückzugeben und sich in die Welt einzubringen. So unterstützte Osttimor die UNESCO mit 1,5 Millionen US Dollar, beteiligt sich an Missionen der Vereinten Mission und leistet Katastrophenhilfe.

Bei allem Optimismus verschloss der Botschafter nicht die Augen vor den drängenden Problemen: die Regierung müsse sich bemühen, Armut und Mangelernährung zu bekämpfen, Arbeitsplätze zu schaffen sowie die ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung voranzutreiben. Auf Nachfrage räumte Santos ein, dass Osttimor zur Erfüllung der großen Vision des nationalen Entwicklungsplanes möglicherweise nicht über eine ausreichende Zahl und Qualifikation von Fachkräften verfüge. Die größte Herausforderung seien *human development* und Ausbildung. Die Regierung vergibt viele Stipendien, berichtet Santos, und schickt junge Leute zum Studium ins Ausland. Nach ihrer Rückkehr sollen sie beim Aufbau des Landes helfen. Doch all dies brauche Zeit.

Auf Grund der Geschichte von Osttimor sieht Nelson

Santos es als Aufgabe seines Landes an, für Menschenrechte einzutreten und Diktaturen nicht zu unterstützen. Deswegen stimmte er 2010 als Ständiger Vertreter Osttimors bei den Vereinten Nationen einer Resolution über Myanmar zu – entgegen der Anweisung seines Außenministers, der ihn daraufhin von seinem Posten abberufen ließ.

Botschafter Nelson Santos empfing die Gäste

Foto: Janina Pawelz

Für Osttimor sei die Unabhängigkeit im Moment die größtmöglich zu erreichende Gerechtigkeit. »Wir haben nie gegen Indonesien gekämpft, sondern gegen das Suharto-Regime. Mit unserer Freundschafts- und Versöhnungspolitik gegenüber Indonesien versuchen wir einen Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie dort zu leisten.« Denn noch immer sei das indonesische Militär eine sehr starke, nicht zu unterschätzende Kraft. »Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono war zweimal in Osttimor stationiert gewesen und bei Staatsbesuchen treffen wir immer wieder auf noch aktive Militärs, die uns damals gejagt haben. Im Unterschied zu damals, kommunizieren wir heute auf Augenhöhe. Sie können nicht mehr auf uns herabblicken. Doch wie könnten wir sie zum jetzigen Zeitpunkt herausfordern?«, fragt der Botschafter zum Thema ›Gerechtigkeit für die Opfer von Menschenrechtsverbrechen‹. Solange Osttimor nicht über eine ausreichend funktionierende Justiz verfüge und zudem noch wirtschaftlich schwach und abhängig sei, könne das Thema nicht angegangen werden. Doch, da ist sich der Botschafter sicher, der Tag wird kommen.

In Deutschland sieht der Botschafter einen starken Partner, der mit der *Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit* (giz) vor Ort sehr aktiv und präsent sei. Zugleich dankte er den Teilnehmenden des Workshop für ihre langjährige Unterstützung und ihr anhaltendes Interesse an Osttimor. Es sei der Regierung Verpflichtung, dass sie weder die eigene Bevölkerung noch die Freunde, die Osttimor unterstützen, enttäuschen dürfe.

Im folgenden standen Inputs zu den Themen »Politik und Demokratie« (Janina Pawelz, Deutsche Osttimor Gesellschaft, DOTG), »Gesellschaftliche Entwicklungen, Identität und Gender« (Henri Myrttinen, Watch Indonesia!), »Sozioökonomische Entwicklungen: Möglichkeiten und Herausforderungen« (Christian Wollnik, DOTG), »Der schwierige Umgang mit der Vergangenheit« (Anja Engelhorn, Universität Frankfurt/ Victoria Sakti, Freie Universität Berlin/ Monika Schlicher, Watch Indonesia!), »Osttimor in der Entwicklungszusammenarbeit« (Mathias Braun, giz) sowie »Osttimors Sicherheitssektor: Chancen und Herausforderungen« (Deniz Kocak, Freie Universität Berlin) auf dem Programm. Kurzweilig und intensiv analysierten die Teilnehmenden die sozioökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen Osttimors in der Unabhängigkeit. Die Diskussionen waren geleitet von den Fragestellungen, auf welche Errungenschaften das Land blicken kann, wo Herausforderungen und wo Ursachen für Entwicklungshemmnisse liegen.

2012 ist für Osttimor ein Jahr der Meilensteine: Erfolgreich führte das Land Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durch. Die einigermaßen stabile Lage erlaubt einen Abzug der *International Stabilizing Forces* und nach 13 Jahren beenden die Vereinten Nationen ihre Mission. Zwar halte die Polarisierung zwischen Polizei und Militär an, auch hätten sich die Vereinten Nationen im Sicherheitssektor zusehends ihres Handlungsspielraumes beraubt gesehen, dennoch müsse man der Entwicklung im Sicherheitssektor eine Chance geben. Der Trend zur Militarisierung sei möglicherweise nur eine Phase. Es gibt weiterhin internationale Zusammenarbeit, die vor allem durch gezielte Förderung auf eine Änderung des *Mindsetting* setzt. Positiv zu Buche schlage auch, dass neue Rekruten eine längere Ausbildung erhalten.

Passagiere der 1. Klasse bekamen auf dem Flug Schokolade in Form des Wahrzeichens Osttimors

Foto: Janina Pawelz

Kritisch hinterfragt wurde, inwieweit der Ölsektor, wie im Nationalen Entwicklungsplan anvisiert, Motor der Entwicklung sein wird. Osttimor ist das am stärksten von Öl abhängige Land der Welt. 90% des Bruttosozialproduktes und 95% des Staatshaushaltes finanzieren sich aus dem Ölfonds. Im Vergleich zum Öl-

sektor sei die Landwirtschaft ein vernachlässigter und unterfinanzierter Bereich. Großen Bedarf sahen die Teilnehmenden im Bildungs- und Ausbildungssektor. Hilfs- und Überbrückungsmaßnahmen, wie in den letzten 10 Jahren wiederholt angewandt, würden die Probleme nicht auf Dauer lösen. Es mangelt zum einen an Fachkräften und Facharbeitern und zum andern an Arbeitsplätzen. Es gibt kaum Unternehmen, die schlagkräftig genug sind, um größere Projekte durchzuführen. Zudem ist die Abbrecherquote im schulischen Bereich sehr hoch. Und Osttimors Bevölkerung ist jung, über die Mehrheit darf nicht wählen, wird aber in den kommenden Jahren auf den Arbeitsmarkt drängen. Die Frage, welche Strategie Osttimor bei dem sozioökonomischen (Wieder)Aufbau verfolgt, blieb offen.

Auch das schwierige Thema der Vergangenheitsbewältigung wurde aufgegriffen. Häufig stehen sich Täter und Opfer im Alltag gegenüber. Der Staat habe sich zu einem ›Blick nach vorne‹ entschieden, dabei aber übersehen, wie wichtig das Thema in der Gesellschaft bleibt. Lokal seien die Verbrechen der Vergangenheit noch lange nicht verhandelt. Familien im Dorf seinen tief miteinander verwoben. Die Gewalterfahrung sei nicht nur individuell, sondern umfasse das gesamte soziale Umfeld. Rituale und lokale Erinnerungspraktiken können dabei sehr politisch sein und vor allem sind Opfer nicht passiv, sondern treten aktiv für ihre Rechte ein. Zum Empowerment von Frauen habe die nationale Wahrheits- und Versöhnungskommission beigetragen. Frauen, die genderspezifischen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt waren, hatten damit die Möglichkeit, sich als Opfer zu definieren. Sie konnten so der sozialen Ächtung entgegentreten und Recht und Anerkennung einfordern.

Die deutsche Reisegruppe war recht groß

Foto: Janina Pawelz

Angesichts der Zerstörung von Osttimor 1999 sind 10 Jahre in der Unabhängigkeit keine lange Zeit. Der Aufbau des jungen Staates fordert anhaltende Unterstützung.

Im Anschluss an die angeregten Diskussionen erläuterte Jan-Patrick Fischer vom *Osttimor Forum e.V.* den Umgang mit *Wikipedia* und animierte die Anwesenden Artikel über Osttimor zu verfassen bzw. zu ergänzen und sie über *Wikipedia* der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Fischer betreut seit Jahren das deutsche *Wikipedia*-Portal zu Osttimor. Einige der von ihm verfassten Beiträge wurden in die Liste der »exzellenten Artikel« aufgenommen.

Weg der Erkenntnis ... Erfahrungen ... Inspiration

Foto: Monika Schlicher

Die Evaluierung am Ende der Konferenz zeigte, dass alle Teilnehmenden sie als erfolgreich und inspirierend wahrgenommen haben. In Planung sind regionale Kleingruppen, die die einzelnen Themen weiter vertiefen werden. Darüber hinaus wurden Stimmen laut, die nach einer weiteren Konferenz in nicht all zu ferner Zukunft verlangten. Hierzu sollten auch VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen aus Osttimor eingeladen werden.

Der Workshop war eine gemeinsame Veranstaltung von *Watch Indonesia!*, der *Deutschen Osttimor Gesellschaft*, dem *Osttimor Forum* und dem *Asienhaus*, mit finanzieller Unterstützung des *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (BMZ), des *Katholischen Fonds Kooperation Eine Welt* und *Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.* ◆

Angesagt - aus der Arbeit von Watch Indonesia!

Nr. 10, Juli 2012 – Dezember 2012

Indonesientag der DIG Köln, 01. September 2012

Die *Deutsch-Indonesische Gesellschaft Köln* (DIG) stellte ihren diesjährigen Indonesientag unter das Motto »Islam«. Anspruch der Veranstalter war es, nicht nur »über« den Islam zu reden, sondern auch einer ausgewogenen Innenansicht indonesischer Muslime in Deutschland Raum zu geben. Auf dem Podium sprach Dr. Ingo Wandelt über historische Entwicklungen des Islam und die Kultur des Islam im heutigen Alltag Indonesiens. Ibrahim Omar gab einen sehr ausführlichen Abriss über das neue Selbstbewusstsein der indonesischen Muslime, seine Ursachen und Perspektiven. Dr. Media Zainul Bahrim nahm sich das Thema »TV-Prediger, die Massenmedien und der urbane Islam« (s.S. 12 in diesem Heft) vor und Alex Flor von *Watch Indonesia!* sprach über die Politisierung des Islam in Indonesien. Die Kürze der Zeit dieser sehr gut besuchten Veranstaltung bedingte leider, dass die Podiumsteilnehmer kaum miteinander ins Gespräch kamen, sondern vielmehr jeweils den an sie einzeln gerichteten zahlreichen Fragen aus dem Publikum antworteten. Eine Fortsetzung und Vertiefung der angesprochenen Themen in einem anderen Rahmen wurde daher von den Diskutanten und zahlreichen Leuten aus dem Publikum als wünschenswert erklärt.

Timor-Leste nach 10 Jahren Unabhängigkeit – stabil oder fragil?

Nach zehn Jahren der staatlichen Unabhängigkeit wird die *Friedensmission der Vereinten Nationen in Timor-Leste* (UNMIT) das Land zum Jahresende 2012 verlassen. José Ramos-Horta, der ehemalige Präsident von Osttimor, zog bei der Veranstaltung der *Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (giz) und der *Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen* (DGVN) am 27. September 2012 in Berlin eine gemischte Bilanz. Der Abzug sei folgerichtig, denn Osttimor befinde sich auf einem guten Weg und es herrsche heute Frieden im Land. Politische Spannungen seinen fast nicht mehr existent. Die einstigen Gräben zwischen Befürwortern und Gegnern der Unabhängigkeit seien überwunden. In der erfolgreichen Aussöhnung, sowohl intern wie auch mit Indonesien, sieht Friedensnobelpreisträger Horta das Wichtigste, was bisher erreicht wurde.

José Ramos-Horta beim Vortrag in Berlin

Foto: Thomas Ecke/GIZ

Sein Land übe sich in der Praxis der Demokratie, habe alle Menschenrechtspakte unterzeichnet und es gäbe eine sehr dynamische Medienlandschaft. Auf der anderen Seite bestürzt Ramos-Horta die noch immer weitverbreitete Armut in seinem Land: die hohe Anzahl von Kindern, die unterernährt sind und an Tuberkulose leiden, fehlende Schulen und der fehlende Zugang des Gros' der Bevölkerung zu sauberem Wasser und Strom. Verantwortlich dafür sieht er die Regierung wie auch die internationalen Geldgeber. In den kommenden fünf Jahren habe die Regierung durch den Petroleumfonds alle Voraussetzungen, um die Armut zu vermindern und die Infrastruktur zu verbessern. Er hofft sehr, dass Osttimor zu Ende des nächsten Jahres Mitglied in der ASEAN sein wird.

Im Anschluss diskutieren die Filmemacherin Lena Lenzen, der Leiter der DGVN-Studienreise nach Osttimor (2009), Dr. Ekkehard Griep, sowie Friedhelm Elias, der als Integrierte Fachkraft das Staatssekretariat für Jugend und Sport in Osttimor beraten hat, gemeinsam mit dem Friedensnobelpreisträger über konkrete Maßnahmen zur Friedensentwicklung. Osttimor fehle es noch sehr an Fachkräften. In der Förderung von Berufsbildung und Fachwissen sieht Ramos-Horta den Schlüssel zur Entwicklung seines Landes.

Landraub – Die große Jagd nach dem Acker. Indonesisches Palmöl für unsere Schönheit, 04. Oktober 2012 im Übersee-Museum in Bremen

In den vergangenen zehn Jahren haben sich Konzerne und Regierungen großflächig Land für den Anbau von Pflanzen für Nahrungsmittel, Energie und Chemieprodukte angeeignet, auch in Indonesien. Welche Ursachen und Folgen diese Entwicklung für Menschen und Umwelt hat, stellte Marianne Klute am Beispiel der expandierenden Ölpalmplantagen dar. In der Diskussion ging es um globale Verpflechtungen und die Verbindung zu den Verbrauchern. Der Vortrag war Teil einer vom *Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung* (biz), dem *Bremer Entwicklungspolitischen Netzwerk* (BeN) und von *Brot für die Welt* veranstalteten Reihe zum so genannten *land grabbing*.

Die Sirene von Cirebon, Verein für Unterwasserarchäologie Berlin-Brandenburg, 15. Oktober 2012

Kann man aus ein paar Stücken Holz und hunderttausenden quasi industriell gefertigter Keramikprodukte auf die Geschichte schließen? Horst Liebner, der als Berater an der Forschungsabteilung des indonesischen Ministeriums für Fischerei und maritime Angelegenheiten mit der Bergung von Wrack und Ladung eines malaiischen Handelsschiffes des 10. Jahrhunderts vor der Küste von Cirebon, Westjava, befasst war, konnte aus diesen Funden ein wichtiges Kapitel der bislang weitgehend unerforschten Phase der Frühgeschichte des heutigen Indonesiens rekonstruieren.

Das Territorium des heutigen Staates Indonesien besteht aus den einst von der holländischen Kolonialmacht beherrschten Gebieten Insel-Südostasiens. National gesinnte Kräfte verweisen gerne auf die alten Reiche von Srivijaya und Majapahit, um die scheinbar seit alters her existierende territoriale Ausdehnung des heutigen Staates Indonesien zu legitimieren. Tatsächlich ist über das mittelalterliche Reich Srivijaya, dessen politisches Zentrum in der heutigen Provinz Südsumatra verortet wird, aber nur wenig bekannt. Die vorliegenden Quellen beschränken sich weit gehend auf schriftliche Notizen damaliger chinesischer Händler und Diplomaten, die Srivijaya besucht hatten. Aus Srivijaya selbst sind nur wenige Artefakte erhalten. Aus Fragmenten des Rumpfes konnte Liebner nicht nur Form und Bauweise des gesunkenen Schiffes rekonstruieren. Die größtenteils aus Keramik bestehende Ladung erlaubte darüber hinaus zahlreiche Rückschlüsse auf Handelsverbindungen und die politische und wirtschaftliche Stellung der einstigen Regionalmacht Srivijaya.

Als einer von vielen ZuhörerInnen folgte Alex Flor von *Watch Indonesia!* diesem Vortrag an der Humboldt-Universität zu Berlin und wartet gespannt auf die Publikation dieses Forschungsprojektes.

Asia Europe Peoples Forum 9

Rund 1.000 Vertreterinnen und Vertreter der europäischen und asiatischen Zivilgesellschaften kamen vom 16.-19. Oktober 2012 in Vientiane, Laos, zum 9. *Asia-Europe-Peoples Forum* zusammen. Es stand unter dem Thema *»People's Solidarity against Poverty and for Sustainable Development: Challenging Unjust and Unequal Development, Building States of Citizens for Citizens«*. In intensiven Workshops haben die Teilnehmenden gemeinsame Strategien und Forderungen erarbeitet zu den vier zentralen Themenbereichen des AEPF 9: Universeller sozialer Schutz und Zugang zu wesentlichen Dienstleistungen, Ernährungssouveränität und nachhaltige Landnutzung, Energieerzeugung und –nutzung sowie gerechte Arbeit und nachhaltige Lebensgrundlage. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen mündeten in einer Abschlusserklärung mit umfangreichen

Teilnehmende des AEPF 9

Foto: Monika Schlicher

Empfehlungen an die 51 Regierungen und europäische Staaten des darauf folgenden ASEM Gipfels (5./6. Nov. 2012, Vientiane).

Durch die Förderung des Auswärtigen Amtes konnten 25 Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus Deutschland nach Laos reisen. Koordiniert vom Asienhaus nahm Monika Schlicher für *Watch Indonesia!* teil. Insbesondere die Workshops des Forum waren inhaltlich ein Gewinn. Sie haben Einblicke und Anregungen gegeben. Daneben war das Forum ein guter Ort, um neue Kontakte zu knüpfen und bestehende zu vertiefen. Ein Empfang beim deutschen Botschafter rundete das Programm ab. Beim Auswertungstreffen der deutschen Teilnehmenden wurden Vorschläge für eine engere Zusammenarbeit im AEPF-Netzwerk entwickelt.

Weitere Infos: http://www.aepf9.info

Bilanz: 1 Jahr Menschenrechtskonzept des BMZ, 24. Oktober 2012

Seit einem Jahr sind alle staatlichen Neuvorhaben in der Entwicklungszusammenarbeit auf Menschenrechte orientiert und werden auf ihre Wirkung geprüft, so Minister Dirk Niebel, gleichfalls weise man in allen bilateralen Verhandlungen auf Defizite hin. Der Minister war persönlich angetreten, um einen Zwischenbericht zu geben und gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft zu diskutieren, inwieweit sich Erwartungen erfüllt haben und wo noch Handlungsbedarf besteht. *Watch Indonesia!* war durch Alex Flor und Monika Schlicher vertreten.

Wolfgang Grenz von *amnesty international* begrüßte auch im Namen des *Forum Menschenrechte* das Konzept. Das *Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (BMZ) sei mit gutem Beispiel vorangegangen. Ein wichtiger Folgeschritt wäre, dass andere Ministerien nachziehen, damit ein umfassender Schutz der Menschenrechte gewährleistet werden könne. Im Fokus hatte Grenz hierbei vor allem die für Außenwirtschaft, Klima, Sicherheitspolitik, Rüstung und Rohstoffe zuständigen Ressorts. Nachholbedarf sieht er noch in der Anwendung des Konzeptes in der Praxis. In vielen Ländergesprächen sei das Thema noch nicht angekommen. Auf dem Podium erläuterten Vertreterinnen und Vertreter des BMZ, der *Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit* (giz) und der *Kreditanstalt für Wiederaufbau* (KfW), wie das Konzept in ihrer Arbeit Verbindlichkeit gefunden hat. Auch Pirim Spiegel von *Misereor* betonte, es brauche einen Menschenrechts-TÜV für alle relevanten Politikfelder, nicht nur für die Entwicklungszusammenarbeit. Das Konzept des BMZ habe vieles aufgenommen, was *Misereor* bewegt. Im Unterschied zum BMZ sei das bischöfliche Hilfswerk immer parteiisch, es möchte den Opfern Anwalt sein und sieht seine Aufgabe darin, den Mächtigen ins Gewissen zu reden sowie die strukturellen Ursachen von Armut zu bekämpfen. Von daher unterstützt *Misereor* das BMZ weiterhin in der Umsetzung des Menschenrechtskonzeptes.

Papierwende: Jahrestreffen des bundesweiten Netzwerks Papierwende, 10.-12. November in Berlin

Der Papierkonsum steigt und steigt, während der Verbrauch von Recyclingpapier, besonders von Schreib- und Schulheften, stark abnimmt, und das trotz jahrelanger Kampagnen. Als Beispiel guter Praxis stellte Mandy Haggith die *shrink paper* Kampagne in Großbritannien vor, *worst case* dagegen sei der indonesische Papiergigant *Asia Pulp and Paper* (APP), so Sergio Baffoni vom *European Environmental Paper Network* (EEPN). Kampagnen gegen APP existieren bereits, darunter von *Greenpeace*, *Rainforest Action Network* und dem WWF. Doch reichten diese nicht aus, weil APP mit harten Bandagen kämpfe. Es schreibe sich neuerdings auf die Fahnen, umweltfreundlich zu handeln, doch sei dies nicht anderes als Lüge und *Greenwashing*. APP hat mehrere eigene NGOs gegründet z.B. die *Consumer Alliance for Global Prosperity*, verantwortlich für heftige Attacken gegen Umweltorganisationen. APP-*policies* düften nicht darüber hinwegtäuschen, dass APP den letzten Torfwald in Riau vernichtet, eine neue Zellstoffmühle in Südsumatra bauen will und auf den europäischen Markt expandiert. Deswegen stand das Jahrestreffen der *Papierwende* (früher: *Initiative2000plus*) ganz im Zeichen internationaler Vernetzung, mit internationalen Gästen und Diskussionen um Strategien. Eingeladen waren auch drei indonesische Umweltaktivisten, die über die Verbindung von APP zu sozialen Konflikten und der Entwaldung Sumatras berichteten (s.u.).

Die Papierwende beschloss konkrete Schritte: 1. Papierhändler und Druckereien ansprechen und über APP informieren; 2. einen Fragenkatalog erstellen, der sich an öffentliche Beschaffer richtet; 3. ein Alarmsystem aufbauen, mit dem schnell auf Menschenrechtsverletzungen und die Gefährdung von Umweltaktivisten reagiert werden kann. Am Jahrestreffen nahm Marianne Klute teil.

Papierkonzern APP auf Expansionskurs: Europatour indonesischer Umweltaktivisten, November 2012

Asia Pulp and Paper (APP) hat ein ökologisches, soziales und finanzielles Desaster angerichtet, das stellten bereits vor einem Jahrzehnt selbst deutsche Banker fest. Aktuell expandiert APP: eine neue riesige Zellstofffabrik soll in Südsumatra gebaut werden, zusätzlich zu den bereits bestehenden, in denen der Wald der Provinz Riau vernichtet wurde. Und APP drängt auf den europäischen Markt. Gezielt arbeitet APP mit kleineren Händlern zusammen, in der Absicht, den NGO-Kampagnen wenig Angriffsfläche zu bieten. In mehreren europäischen Ländern kauft sich APP ein, so wurde z.B. in Deutschland die Papiermühle Scheufelen erworben. Für die zukünftige Zellstofffabrik in Südsumatra werden vermutlich auch deutsche mit staatlichen Exportkrediten abgesicherte Maschinen gekauft. Grund genug für drei indonesische Umweltaktivisten aus Riau und Südsumatra, potentielle Kunden und Finanzierer in Europa zu warnen.

Aidil Fitri von *Wahana Bumi Hijau*, Südsumatra, Muslim Rasyid von *Jikalahari* aus Riau und der Direktor von *WALHI Riau*, Hariansyah Usman, besuchten im November neun europäische Städte, wo sie Umweltschutzorganisationen, Verbraucherverbände, Papierhändler, potentielle Investoren, Vertreter der Papierindustrie, Regierungsvertreter, Journalisten trafen. In Deutschland standen zwei Veranstaltungen auf dem Programm:

Die indonesischen Umweltschützer Muslim Rasyid, Hariansyah Usman und Aidil Fitri

Foto: papierwende.de

Indonesische Regenwälder am Ende? Auswirkungen der Papierindustrie in Indonesien auf Wälder, Biodiversität, Klima und die lokale Bevölkerung, am 10. November 2012 in der Alten Feuerwache in Berlin und am 23. November 2012 in der Verbraucherzentrale in Düsseldorf

»Wem gehört eigentlich Riau?«, zweifelten die Zuhörer, als die indonesischen Gäste ihre Karten der Provinz präsentierten. Die Konzessionsgebiete der beiden Papiermultis APP und APRIL erstrecken sich über den Großteil der ehemals waldreichen Provinz. Auch in dem bedeutenden Torfwaldgebiet Kampar und auf den vorgelagerten Inseln hält die Papierindustrie die Landrechte. Gerade hier wird aktuell massiv und eiligst abgeholzt, um einem eventuellem Holzeinschlagsstopp vorzugreifen, mit dem Ergebnis, dass die Papierindustrie Sumatras allein höhere Treibhausgasemissionen aufzuweisen hat als 165 Staaten. Auch mehr als die Hälfte Südsumatras »gehört« inzwischen APP, so Aidil Fitri, der befürchtet, dass Südsumatra das gleiche Schicksal erleiden wird wie Riau, wenn hier eine weitere, 2,3 Mrd. Euro teure Papierfabrik errichtet wird.

Jikalahari und *WALHI* zeigten, wie APP Gesetze bricht, soziale Konflikte schafft und mit Gewalt gegen die Bevölkerung vorgeht. Der Widerstand gegen die Zellstoffkonzerne sei aber ungebrochen, denn die Menschen wollten eine wirkliche Veränderung. Diese könne aber nur von Erfolg gekrönt sein, wenn es möglich ist, den Rechtsweg einzuschlagen und wenn internationale Gruppen wie das EEPN die lokalen NGOs unterstützen, Druck auf Unternehmen und Regierungen auszuüben.

An der von der Verbraucherzentrale organisierten Veranstaltung in Düsseldorf nahmen Vertreter von Regierung, der *Hermes-Euler-Versicherung* und der Industrie teil, darunter Manager einer APP-Beratungsfirma und der Umweltmanager von APP höchstpersönlich. Seine Aufgabe sei es zu zeigen, dass APP Umweltmaßnahmen ergreift, doch auf vorgelegte Gegenbeweise und Argumente konnte er nicht antworten. In der Diskussion ging es vor allem um Fragen der Legalität, wobei klar wurde, dass europäische Gesetzgebung an der indonesischen Realität nichts ändert. Im Anschluss an die Veranstaltung stand ein Termin mit einer Mitarbeiterin der *Hermes-Eulers-Exportkreditversicherung* auf dem Programm, bei dem es um mögliche indonesische Projekte ging. Die Frage, ob deutsche Maschinen für die neue Fabrik in Südsumatra versichert werden sollen, blieb unbeantwortet. Marianne Klute nahm an dem Gespräch und den beiden Veranstaltungen als Übersetzerin teil.

Biomasse – Kein Kraut gewachsen? Landnutzungsplanung in Indonesien, 15. November 2012 in Berlin

Wie können Produktion und Verbrauch von Biomasse nachhaltiger gestaltet werden, um die großen ökologischen und sozialen Probleme zu mildern? Mögliche »Instrumente zur Beeinflussung von Anbau und Verbrauch von Biomasse«, so der Untertitel der vom *Umwelt Forum und Entwicklung* organisierten und vom Bundesumweltministerium (BMU) und dem Umweltbundesamt (UBA) unterstützten Fachtagung, erfordern erhebliche Anstrengungen und stoßen auf Widerstand. Diskutiert wurden Instrumente zur Minderung des Biomasseverbrauchs und zur Landnutzungsplanung. Almut Jering stellte das Positionspapier des UBA zu Biomasse vor, während Stephanie Wunder vom *Ecologic Institut* einen Überblick über die wichtigsten Regelungsinstrumente mit globaler Relevanz gab.

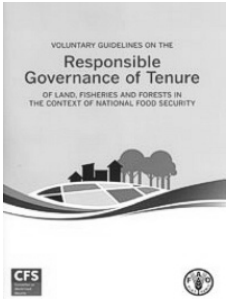
Lösungsansätze in den Produzentenländern umfassen z.B. die Zonierung der Megaplantagen oder effektivere Landnutzungsplanung. Über erste Erfahrungen mit der Zonierung von Soja- und Zuckerrohr berichteten die *Böll-Stiftung* und Laszlo Maraz vom *Forum Umwelt und Entwicklung*. Landnutzungsplanung in Indonesien, so Marianne Klute in ihrem Vortrag, richtet sich zuallererst auf die Stimulierung von Wirtschaftswachstum und Entwicklungsmöglichkeiten, hat daher wenig mit dem integrierten EU-Konzept gemein. Eine der Wurzeln des heutigen Zustandes ist die Planung der Landnutzung für das Transmigrasitionsprogramm Ende der 1980-er Jahre, eine weitere die schwierige Transition von einer zentralistisch gesteuerten Nutzung zu einer hierarchisch geordneten Planung im Sinne der Berücksichtigung lokaler Interessen. Heute versucht man, den durch die Dezentralisierung entstandenen Planungswildwuchs einzudämmen. Trotz aller berechtigten Kritiken an Planung, Implementierung oder an fehlenden Karten, Geldmitteln und mangelndem politischem Interesse könnte sich mit der aktuellen Phase der Landnutzungsplanung in Indonesien ein *»window of opportunity«* für eine demokratischere Beteiligung öffnen.

FriEnt Rundtisch Indonesien: »Umgang mit Land und natürlichen Ressourcen in Indonesien - Was bieten die ›Freiwilligen Leitlinien‹ der FAO?«, Bonn, 15. November 2012

Landkonflikte sind eine der wesentlichen Ursachen von Konflikten und Menschenrechtsverletzungen in Indonesien. Im Mai 2012 hat das Komitee für Ernährungssicherheit (CFS) der UN-Welternährungsorganisation FAO die *»Voluntary Guidelines on the Tenure of Land, Fisheries and Forests in the context of National Food Security«* verabschiedet. Die in den Freiwilligen Leitlinien entwickelten Prinzipien regeln das Management natürlicher Ressourcen unter Bezugnahme auf internationale Menschenrechtsverpflichtungen und -standards. Die Empfehlungen richten sich in erster Linie an Regierungen, aber auch an Unternehmen, Zivilgesellschaft und internationale Geber.

FriEnt lud ExpertInnen, VertreterInnen von Regierung und von Nichtregierungsorganisationen zu einem Rundtischgespräch über diese Problematik nach Bonn ein. Alex Flor von *Watch Indonesia!* nahm gleichermaßen als Vertreter seiner eigenen Organisation, wie auch als Dolmetscher für den Menschenrechtsaktivisten Markus Haluk aus Papua an der Veranstaltung teil. Caroline Callenius von *Brot für die Welt* konnte mit brandaktuellen wertvollen Erkenntnissen von einem Seminar in Medan, Nordsumatra, einen wertvollen Beitrag leisten.

Die unverbindliche Freiwilligkeit der FAO-Leitlinien wurde von vielen TeilnehmerInnen als Schwachpunkt gewertet: worin könnte ein Anreiz für die indonesische Regierung liegen, diese Leitlinien in die Praxis umzusetzen, wenn selbst geltendes Recht häufig zugunsten von Unternehmen der Plantagenwirtschaft verletzt wird? Andererseits stellen die FAO-Leitlinien einen international vereinbarten Katalog von *»best practices«* dar, auf den man sich künftig in der Lobbyarbeit berufen kann. Die Möglichkeiten, die sich damit eröffnen, sollten gemeinsam weiter erörtert werden.



Lola Amaria, »Minggu Pagi di Victoria Park«, Berlin, 28. November 2012

Auf Einladung der *Friedrich-Ebert Stiftung* (FES) kam die bekannte Schauspielerin und Regisseurin Lola Amaria nach Berlin. Im Rahmen der »Gerechtigkeitswoche« der FES wurde Lola Amarias Film *»Minggu Pagi di Victoria Park«* gezeigt, der von den Lebensumständen indonesischer Hausangestellter in Hongkong handelt, in welchem die Regisseurin selbst eine der Hauptrollen spielt (trailer s. http://youtu.be/tzkhDdogWo8). Einige ZuschauerInnen zeigten sich verwundert über die trotz aller dramatischen Einzelschicksale insgesamt eher positive Darstellung der Problematik. Lola Amaria erläuterte, dass die Situation indonesischer Hausangestellter in Hongkong tatsächlich besser sei als

in Malaysia oder in Staaten des Mittleren Ostens. Neben dem persönlichen Engagement einzelner Behördenvertreter spiele hier nicht zuletzt das Rechtssystem in Hongkong eine wesentliche Rolle.

Vor der öffentlichen Veranstaltung traf sich Lola Amaria mit ca. 10 VertreterInnen von *Watch Indonesia!* zum persönlichen Austausch in unserem Büro und zum anschließenden gemeinsamen Mittagessen.

Friedensratschlag Kassel, 01.-02. Dezember 2012

»Indonesien, der islamische Koloss in Südostasien - Ohne Frieden, Menschenrechte und Bildung« lautete das vom Veranstalter vorgegebene Thema, zu dem Alex Flor von *Watch Indonesia!* auf dem *19. Friedensratschlag* in Kassel reden sollte. Etwa 20 Interessierte von insgesamt schätzungsweise 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses fanden sich zu diesem Workshop ein, der in zeitlicher Konkurrenz zu zahlreichen anderen spannenden Themen stattfand. Moderatorin Carola Kieras wunderte sich, dass Indonesien dieses Jahr nach ihrer Erinnerung erstmals zum Thema des *Friedensratschlages* wurde. Ein willkommener Einstieg für Flor, der erklärte, *Watch Indonesia!* habe zuletzt Mitte der 90er Jahre gegen deutsche Rüstungslieferungen nach Indonesien protestiert. Dann folgte 1998 der Sturz von Diktator Suharto: »Das Militär war vorübergehend moralisch am Boden, die Staatsfinanzen waren von der Asienkrise schwer gebeutelt und 1999 stimmte die Bevölkerung Osttimors in einer Volksabstimmung mit überwältigender Mehrheit für die Unabhängigkeit. Waffengeschäfte standen aus diesen Gründen für etliche Jahre nicht auf der Tagesordnung.«

Anlass für die Einladung nach Kassel waren zweifelsohne die jüngsten Pläne deutscher Panzerlieferungen. »Die Wirtschaft Indonesiens ist wiederauferstanden, das Land erlebt derzeit glänzende Wachstumsraten, gehört zu den *new emerging economies* oder Schwellenländern und ist Mitglied der G20 (die 20 führenden Wirtschaftsmächte). Es ist wieder Geld in der Kasse«, erklärte Flor. Das Militär habe seither einige Reformen erlebt, sei aber nach wie vor ein mächtiger Akteur in der Politik und Wirtschaft des Landes. Menschenrechtsverletzungen seien insbesondere in Papua nach wie vor an der Tagesordnung und für die Verbrechen von damals verantwortliche Kräfte seien noch heute im Dienst. Indonesien erlebe praktisch keine äußere Bedrohung. Aktuelle Rüstungslieferungen dienten vor allem der Imagepflege des Militärs.

Flor erklärte weiterhin, dass der im Titel des Vortrages genannte Begriff »islamischer Koloss« irreführend sei. Indonesien sein kein Islamstaat, wenngleich das 240 Mio. Menschen zählende Land durch seine mehrheitlich islamische Bevölkerung weltweit über die größte muslimische Einwohnerschaft verfüge. Gleichwohl dürfe nicht übersehen werden, dass selbst die prozentual verschwindend kleine Minderheit der Katholiken im Großraum der Hauptstadt Jakarta die Zahl der in der Domstadt Köln lebenden Menschen katholischen Glaubens übersteige. Zweifelsohne sei aber Religion in den letzten Jahren zu einem zunehmend wichtigen Thema für Indonesiens Politik und Gesellschaft geworden.

Eine ausführliche Niederschrift wird sich in einer für nächstes Jahr geplanten Buchveröffentlichung des *Friedensratschlages* wiederfinden.

BMZ-Ländergespräch Timor-Leste / Osttimor, Bonn, 13. Dezember 2012

Im Februar 2013 stehen die nächsten Konsultationen mit der Regierung von Timor-Leste an. Im Vorfeld lud das *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit* (BMZ) Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit und NGOs nach Bonn ein. Nach der Begrüßung durch Referatsleiterin Kathrin Oellers gab zunächst Frau Melanie Moltmann, Länderreferentin im Auswärtigen Amt, eine politische Gesamteinschätzung zu 2012, einem entscheidenden Jahr für Osttimor. Das Land habe sich gut stabilisiert, die Wahlen seien besser verlaufen als erwartet und die Mission der Vereinten Nationen (UNMIT) nun im Abzug begriffen. Auf der anderen Seite sieht sie gravierende Defizite, etwa in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Den Bildungssektor stufte sie als mangelhaft ein. Weitere Defizite gebe es im Bereich Menschenrechte, Gerechtigkeit und Aufarbeitung der Verbrechen während der indonesischen Besatzungszeit sowie während und nach dem Referendum 1999. Anlass zur Sorge bereite auch die um sich greifende Korruption.

Mit Beendigung der UNMIT wünsche sich Osttimors Regierung eine innovative Kooperationsbeziehung zu den Vereinten Nationen (VN) in Form eines VN-Sonderbeauftragten. Die VN könnte sich Unterstützung durch eine Menschenrechtskomponente vorstellen, da die Aufklärung der Verbrechen während der Besatzungszeit noch nicht abgeschlossen ist. Kritisch merkt Frau Moltmann an, dass nicht ersichtlich sei, wann die Gesetzesentwürfe zu Reparationen und einem Institut des Erinnerns erneut den Weg auf die Tagesordnung des Parlamentes finden werden. Auf Rückfrage von Monika Schlicher, *Watch Indonesia!*, wo das Auswärtige Amt Möglichkeiten sieht oder sich dafür einsetzt, verwies Frau Moltmann auf die Stellungnahme der EU und auch Deutschlands in der jüngsten Debatte des Sicherheitsrates zu Osttimor. Es sei ihnen ein Anliegen und sie versuchten, es immer wieder anzusprechen.

Konstanze Esenwein, Länderreferentin des BMZ, gab einen Überblick zur Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland engagiert sich im maritimen Sektor und in der ländlichen Entwicklung, in der Förderung von Verwaltungsstrukturen und Berufsbildung (maritimer Sektor) sowie in der Unterstützung friedlicher Entwicklung durch Beschäftigungsmaßnahmen. Für 2013 möchte das BMZ den Schwerpunkt Frieden stärker konsolidieren. Die Regierung Osttimors jedoch stelle Frieden heute als »gegeben« hin und möchte weniger als ein *post-conflict land* als vielmehr eine aufstrebende Nation gesehen werden. Frau Esenwein richtete daher die Frage an die Teilnehmenden, welchen Stellenwert der Friedensentwicklung aktuell noch beikomme. Einhellig (AGEH, DOTG, Hessische Stiftung für Frieden- und Konfliktforschung, Misereor, Watch Indonesia!, u.a.) wurde bei allem Verständnis für die Rhetorik der osttimoresischen Regierung davor gewarnt, das Thema Frieden unter den Tisch fallen zu lassen.

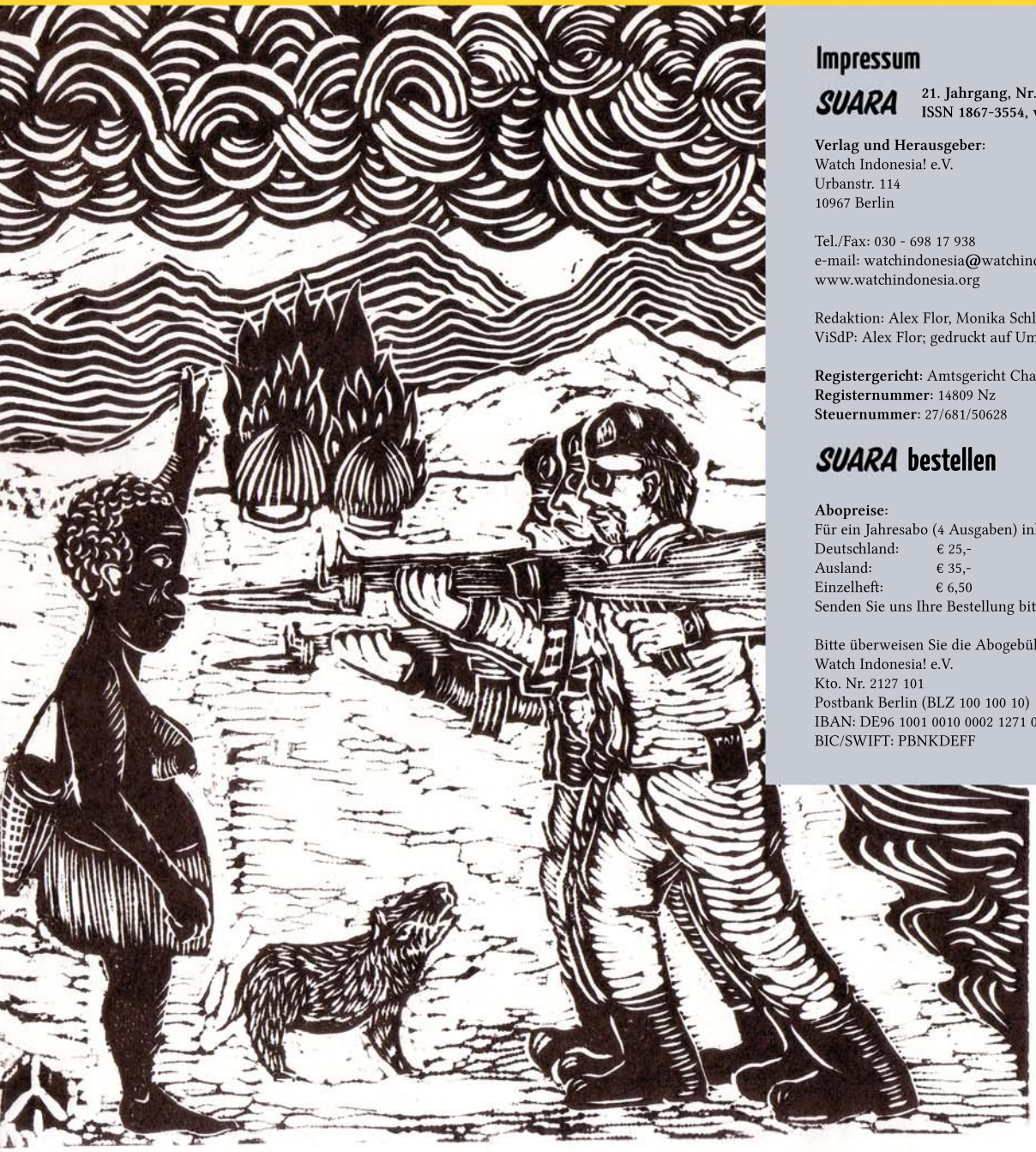
Friedensförderung sei für das Land auf lange Sicht von zentraler Bedeutung und die Ausrichtung des BMZ wurde ausdrücklich begrüßt. Gewalt sei noch immer auf allen Ebenen der Gesellschaft, in der Politik, bei der Erziehung und im Bildungssektor verbreitet und als legitimes Mittel angesehen. Es wurde dafür plädiert, Friedenserziehung zum Querschnittthema zu machen. Die Förderung von Ausbildung und Beschäftigung, so Miram Hein von der AGEH, sei nicht per se friedensfördernd. Dazu bräuchte es vielmehr einer gesonderten Komponente der Entwicklungszusammenarbeit. Wiederholt sprachen sich Teilnehmende für mehr Engagement im Bildungssektor aus. ◆

Foto: eportuguese.blogspot.de

Watch INDONESIA!

Urbanstr. 114, 10967 Berlin
Tel./Fax: +49-30-698 17 938
e-mail: watchindonesia@watchindonesia.org
www.watchindonesia.org

Für Demokratie, Menschenrechte und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V.



Impressum

SUARA 21. Jahrgang, Nr. 3, Dezember 2012
ISSN 1867-3554, vierteljährlich

Verlag und Herausgeber:
Watch Indonesia! e.V.
Urbanstr. 114
10967 Berlin

Tel./Fax: 030 - 698 17 938
e-mail: watchindonesia@watchindonesia.org
www.watchindonesia.org

Redaktion: Alex Flor, Monika Schlicher
ViSdP: Alex Flor; gedruckt auf Umweltpapier

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Berlin
Registernummer: 14809 Nz
Steuernummer: 27/681/50628

SUARA bestellen

Abopreise:
Für ein Jahresabo (4 Ausgaben) inkl. Versand berechnen wir:

Deutschland:	€ 25,-
Ausland:	€ 35,-
Einzelheft:	€ 6,50

Senden Sie uns Ihre Bestellung bitte an o.g. Anschrift.

Bitte überweisen Sie die Abogebühr an
Watch Indonesia! e.V.
Kto. Nr. 2127 101
Postbank Berlin (BLZ 100 100 10)
IBAN: DE96 1001 0010 0002 1271 01
BIC/SWIFT: PBNKDEFF

Linolschnitt: Herlambang Bayu Aji

We need Peace and Love!

No weapons no panzers!